

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 18. December 1851 und am 15. und 22. Januar 1852.

Sitzung am 18. December 1851.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

#### Tagesordnung.

1. Das Schreiben des Stadtmagistrats vom 11. d. M., welches von dem Referenten der Finanz-Commission, Herrn F u d e l, verlesen wird, giebt eine ausführliche Mittheilung über die zur Einführung einer bessern Erleuchtung der hiesigen Stadt, insbesondere mit Röhrengas, bisher stattgehabten Verhandlungen. Zur Uebernahme der Erleuchtung der ganzen Stadt unter den ausgeschriebenen Bedingungen ist ein Anerbieten erfolgt, nach welchem für eine Erleuchtung der Stadt mit 360 Gaslaternen und 230 Dellaternen, jede zu einer Brennzeit von jährlich 1200 Stunden gerechnet, eine Aversional-Summe von jährlich 9000  $\mathfrak{A}$  gefordert und auch den Privaten eine wohlfeile Gaserleuchtung verheissen wird. Eine entsprechende Verbesserung der gegenwärtigen Delbeleuchtung ist, abgesehen von einem Anlage-Capitale von etwa 9000  $\mathfrak{A}$ , zu einem jährlichen Ausgabe-Betrage von etwa 10,000  $\mathfrak{A}$  veranschlagt.

Um das erstere Unternehmen auszuführen, hat sich eine Gesellschaft, zum größten Theile aus hiesigen Bürgern bestehend, gebildet, welche zu solchem Zwecke eine namhafte Summe gezeichnet haben; der hiesigen Stadt ist eine Betheiligung bei diesem Unternehmen offen erhalten.

Von dem Stadtmagistrate wird beantragt, die Versammlung der Stadtverordneten wolle damit sich einverstanden erklären:

1) daß eine bessere, insbesondere eine Erleuchtung mit Röhrengas in hiesiger Stadt eingeführt werde und die Letztere bei dem desfalligen Unternehmen mit einem Capitale von 15,000  $\mathfrak{A}$  sich theilweise;

2) daß solche Summe durch Veräußerung der Stadt gehöriger Capitalien herbeigeschafft werde;

3) daß die Erleuchtung der ganzen Stadt gegen Zahlung der Aversional-Summe von jährlich 9000  $\mathfrak{A}$  verbunden werde.

Der Herr Referent bespricht zunächst diesen letzten Antrag und empfiehlt denselben Namens der Finanz-Commission der Versammlung zur Annahme.

Die Herren Voigt und Bieweg befürworten den Commissions-Antrag, da die Einführung einer bessern Erleuchtung der hiesigen Stadt wohl allgemein als Bedürfnis anerkannt worden und eine solche zu einem geringern Preise wohl nicht werde zu erlangen sein.

Dagegen wendet Herr Röpcke ein, daß durch das beabsichtigte Unternehmen der Erleuchtung der Stadt mit Röhrengas viel Geld werde aus der Stadt herausgezogen werden, die gegenwärtige Erleuchtung dem mäßigen Verkehre in hiesiger Stadt auch ferner noch genügen könne und von der bessern Erleuchtung ein dem bedeutenden Kostenaufwande entsprechender Vortheil für die hiesige Stadt nicht zu erwarten sein werde.

Die Herren Aronheim, Graß, Bieweg und Helfft sprechen gegen die Ansichten des Herrn Röpcke, indem sie namentlich hervorheben, daß es im Interesse der hiesigen Stadt durchaus erforderlich sei, solche Einrichtungen zu treffen, zu deren Einführung die allseitigen Anforderungen des hiesigen und auswärtigen Publikums die dringendste Veranlassung geben, da eine desfallsige Vernachlässigung dem Gedeihen einer größern Stadt nur hinderlich sein und dieselbe gegen andere Städte mehr und mehr zurücktreten lassen würde.

Herr Röpcke bleibt gleichwohl bei seinem obigen Bedenken und glaubt nach seinem Gewissen dem gestellten Antrage nicht beistimmen zu können.

Bei der Abstimmung wird gegen nur zwei verneinende Stimmen der Commissions-Antrag und damit die Proposition des Stadtmagistrats angenommen.

Hierauf wendet sich Herr Jüdel zu dem erstern Antrage des Stadtmagistrats, Betheiligung der Stadt mit einem Capitale von 15,000  $\mathfrak{f}$ , und giebt Namens der Finanz-Commission der Versammlung anheim, auch hierzu die Zustimmung zu ertheilen.

Für seine Person beantragt Herr Jüdel, das Betheiligungs-Capital der Stadt auf die Summe von 20,000  $\mathfrak{f}$  zu erhöhen, wozu Herr Oberbürgermeister Caspary bemerkt, daß er diesen Antrag nicht bedenklich finde, im Gegentheil es für ganz wünschenswerth und angemessen halte, wenn der Stadtmagistrat im Nothfalle über eine Summe von 20,000  $\mathfrak{f}$  zu verfügen ermächtigt würde.

Auch gegen diese Anträge erhebt sich Herr Röpcke und erklärt, daß er seine gewissenhafte Ueberzeugung verlegen würde, wenn er den Anträgen durch seine Zustimmung förderlich wäre, da er eine desfallsige Betheiligung dem Interesse der Stadt nicht entsprechend halte.

Herr Oberbürgermeister Caspary und Herr Bieweg sprechen sich weiter über die Gründe aus, welche zu der Ueberzeugung führen müßten, daß die Stadt bei der Betheiligung an dem Unternehmen mit einem Capitale von 15,000 bis 20,000  $\mathfrak{f}$  Gefahr überall nicht laufen werde, daß vielmehr eine derartige Verwendung eine gute, ja eine höhere Verzinsung in Aussicht stelle, als das, wie auf die Anfrage des Herrn Häusler von Herrn Jüdel mitgetheilt worden, größtentheils in dreiprocentigen Werthpapieren angelegte Capitalvermögen der Stadt, und daß außerdem durch eine solche Betheiligung der Stadt eine einflußreichere Einwirkung auf die Direction des Unternehmens eröffnet worden wäre.

Von Herrn Aronheim wird zu dem Commissions-Antrage und dem Antrage des Herrn Jüdel folgender Unterantrag gestellt:



Die Versammlung wolle den Stadtmagistrat ermächtigen, »zum Zwecke der Herstellung des jetzigen Anlagefonds 15,000  $\text{fl}$  und, bei etwa eintretender Nothwendigkeit der Ueberschreitung des jetzigen Anschlags, fernerweite 5000  $\text{fl}$  zu zeichnen,« und zur Annahme dieses Antrages vereinigt sich die Versammlung in einem Mehrheitsbeschlusse gegen zwei Stimmen.

Herr F ü d e l macht noch auf den Passus in dem Schreiben des Stadtmagistrats aufmerksam, in welchem Letzterer die Befugniß vorbehält, »ein Mitglied des einzusetzenden Verwaltungs-Directoriums zu ernennen,« und wünscht den Satz dahin verstanden zu wissen, daß der Stadtmagistrat »aus seiner Mitte« ein solches Mitglied ernenne; die Versammlung ist damit einverstanden.

Endlich kommt Herr F ü d e l auf den zweiten Antrag des Stadtmagistrats wegen der Herbeischaffung der nöthigen Geldmittel. Im Allgemeinen empfiehlt die Finanz-Commission die gemachte Proposition zur Annahme und nimmt dieselbe auch die Versammlung mit Stimmenmehrheit, jedoch mit der, durch Herrn F ü d e l und Herrn Overbürgermeister Caspar i veranlaßten Modification an:

daß der Stadtmagistrat mit den Mitgliedern der Finanz-Commission in Berathung treten möge, ob es angemessener und vortheilhafter sei, der Stadt zustehende Capitalien zu veräußern, oder aber für Rechnung der Stadt ein Darlehn, etwa aus Herzoglicher Leihhaus-Casse aufzunehmen, unter Vorbehalt der Entscheidung der Versammlung, sollte ein übereinstimmender Beschluß nicht erreicht werden.

II. Der Antrag des Herrn A r o n h e i m, den Stadtmagistrat zu ersuchen, in Verbindung mit einer von der Stadtverordneten-Versammlung zu wählenden Commission die mögliche Verschönerung der hiesigen Stadt zu berathen, wird von dem Herrn Antragsteller weiter motivirt.

Nach einer Besprechung desselben Seitens der Herren M e y e r, W i e w e g und F ü d e l nimmt die Versammlung den Antrag durch Mehrheitsbeschluß an, und beschließt auf fernern Antrag des Herrn R ä c k e, die Zahl der Mitglieder der demnächst zu wählenden Commission auf fünf festzustellen.

III. In dem von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreiben des Stadtmagistrats vom 17. v. M. ist die Frage zur Prüfung und Entscheidung vorgelegt, ob die von der hiesigen Stadt abführenden Wege, welche nicht eigentliche Interessenten-Wege seien, im Grund und Boden der hiesigen Stadt, oder ob der Grund und Boden den Weide-Interessenschaften zugehören und der Stadt gewissermaßen nur eine Wegerechtigkeit zustehe? Der Stadtmagistrat äußert sich etwa in folgender Weise:

Die Schwierigkeit der Beantwortung jener Frage liege in der gänzlichen Unbestimmtheit über die Entstehung der einzelnen Weichbilds-Genossenschaften und Weide-Interessenschaften, und der Versuch, aus diesem ursprünglichen Rechtsverhältnisse das Eigenthum an jenen Wegen, sei es für die Stadt oder für die einzelnen Feldmarks-Interessenschaften, abzuleiten, werde zu einem sichern Resultate nimmerführen. Als entscheidend dürfe die Eigenschaft eines Weges angesehen werden, ob nämlich solcher ein öffentlicher zu nennen sei oder nicht; die öffentlichen Wege seien gewiß Eigenthum der ganzen Stadt, und an den nicht öffentlichen Wegen werde den verschiedenen Feldmarks-Interessenschaften das Eigenthum, gleichwohl aber den sämmtlichen Einwohnern der Stadt das Recht der Benutzung zugestanden werden müssen. Abgesehen von den Staatsstraßen erkenne das Wegereglement vom 12. Mai 1830, welches nach Vernehmung der Weich-

4  
bilde-Deputationen und der einzelnen Feldmarks-Interessantschaften von den Stadtbehörden beschlossen sei, die Straße auf Broitzem, die sogen. Goslarsche Heerstraße und den Weg vom Augustthore auf St. Leonhard als öffentliche an, während die sonstigen Wege als Interessentenwege betrachtet seien. An jenen drei Wegen, so wie an deren Zubehörungen und dem ganzen ursprünglichen Wegeterrain dürfe demnach das Eigenthum für die gemeinsame Stadt mit Recht in Anspruch genommen werden, wie solches auch bei der Straße auf Broitzem in Folge eines Processes geltend gemacht sei, wogegen das Eigenthum an den sonstigen Wegen der betreffenden Feldmarks-Interessantschaften, unter Vorbehalt des Rechts der Benutzung desselben Seitens der sämmtlichen Einwohner der Stadt, zuzugestehen sein werde. Zu einer der beschlagnahmten weiteren Ausführung entsprechenden Auffassung giebt der Stadtmagistrat der Versammlung die Zustimmung anheim, proponirt aber eventuell, dieselbe möge wenigstens damit sich einverstanden erklären:

daß an dem Mascheröder Wege und dessen Zubehörungen ein Eigenthums-Anspruch von Seiten der Stadt nicht erhoben werde, da die Altenwieker Gemeinde schon seit Jahren durch Roden von Steinen und Grand, selbst auch durch Veräußerungen in Besitz sich gesetzt habe und ohnehin der Gewinn an Terrain für die Stadt nur unbedeutend sein würde.

Die Statuten-Commission hat sich nach Mittheilung des Herrn Vorsitzenden den Ansichten des Stadtmagistrats angeschlossen und empfiehlt der Versammlung, damit sich einverstanden zu erklären:

daß von Seiten der Stadtgemeinde Eigenthumsrechte am Grund und Boden der von der hiesigen Stadt abführenden Wege, abgesehen von den nicht hierher gehörigen Staatsstraßen und mit Ausnahme der im §. 1 des Wegereglements vom 12. Mai 1830 aufgeführten drei Wege, der Straße auf Broitzem, der sogen. Goslarschen Heerstraße und des Weges vom Augustthore auf St. Leonhard, nicht geltend gemacht, sondern dieselben als Eigenthum der betreffenden Feldmarks-Interessantschaften angesehen werden, mit der Beschränkung, daß durch Verfügungen der Weichbilds-Gemeinden- und Feldmarks-Interessantschaften die Wegerechtigkeit der Stadt weder aufgehoben, noch geschmälert, noch gestört werden könne und dürfe.

Dieser Antrag wird ohne weitläufigere Verhandlung von der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

IV. Ueber einige in der Statuten-Commission berathene Bestimmungen zur Ergänzung der in der revidirten Städteordnung enthaltenen Geschäftsordnung für die Stadtverordneten-Versammlung macht der Herr Vorsitzende Vortrag.

In dem §. 1 wird das nicht genügend entschuldigete Wegbleiben aus den Sitzungen mit 16  $\mathfrak{R}$  Strafe bedroht und bestimmt, daß die Namen der betreffenden Personen in den öffentlichen Berichten über die Verhandlungen der Versammlung zu verzeichnen sein.

Zu diesem Paragraphen bemerkt zunächst Herr Födel, daß gewöhnliche Berufsgeschäfte doch wohl nicht als Entschuldigungsgründe gelten können; es wird indessen in dieser Beziehung die Entscheidung dem billigen Ermessen der Versammlung in jedem einzelnen Falle vorbehalten.

Herr Köpcke will den Passus wegen der Veröffentlichung der Namen als überflüssig gestrichen wissen, weil eine solche Veröffentlichung eine von selbst eintretende Folge der Veröffentlichung der Sitzungs-Protokolle sei. Dagegen erinnert Herr

Räthe, daß es eine zu harte Maßregel sei, die Namen derjenigen, deren Entschuldigungen von der Versammlung nicht als genügend angenommen worden, unter Hinzufügung der ausgesprochenen Strafen zu veröffentlichen.

Während der Verhandlung hierüber schlägt der Herr Vorsitzende vor, den Entwurf dahin zu ändern, daß in den öffentlichen Berichten über die Sitzungen die Namen der abwesenden Mitglieder mit der Bemerkung, ob ihr Ausbleiben entschuldigt war oder nicht, zu verzeichnen sein. Mit dieser Aenderung wird der §. 1 angenommen.

Die Annahme des §. 2, welcher für das zu späte Erscheinen eine Strafe von 8 ggr. vorschreibt, erfolgt ohne weitere Verhandlung.

Der §. 3 handelt von der Tages-Ordnung, der Ordnung bei den Debatten und dem Schlusse der Berathung. Dazu wird der Zusatz in Vorschlag gebracht, daß nach dem Schlusse der Debatte nur noch der Antragsteller und der Berichterstatter das Wort erhalten könne. Mit diesem Zusatze wird der §. 3 von der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß genehmigt.

Im §. 4 werden die ständigen Commissionen, denen die zur Berathung kommenden Gegenstände zur Vorprüfung zu überweisen sind, bezeichnet. Da unter diesen einer Commission für die Bürgerwehr-Angelegenheiten nicht gedacht ist, erhebt Herr Fabricius eine Frage wegen des Grundes. Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß für die Bürgerwehr-Angelegenheiten eine ständige Commission nicht für nothwendig gehalten sei, da solche meistens die Thätigkeit entweder der Finanz-Commission oder der Statuten-Commission in Anspruch nehmen würde, und für außergewöhnliche Fälle eine besondere Commission erwählt werden könnte.

Im Uebrigen wird in diesem und dem §. 5 das Verfahren in den Commissionen geregelt; beide §§. werden von der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

Endlich wird auf Antrag des Herrn Graß noch der Zusatz von der Versammlung beschlossen, daß die Acten, welche auf die Gegenstände der jedesmaligen Tagesordnung sich beziehen, vom Tage vor der betreffenden Sitzung an zur Einsicht und Instruction der Mitglieder der Versammlung auf dem Stadthause auszulegen seien.

Die schließliche Redaction wird dem Herrn Vorsitzenden übertragen, welcher dabei bemerkt, daß er den Entwurf damit die in demselben festgesetzten Ordnungsstrafen statutarische Geltung erhalten, dem Stadtmagistrate alsbald übersenden werde.

V. Da nach einer Aeußerung des Herrn Vorsitzenden die heutige Sitzung wahrscheinlich die letzte in diesem Jahre sein werde, wird zu der mit auf die Tagesordnung gesetzten Wahl eines Vorsitzenden, eines Stellvertreters desselben und eines Stellvertreters des Protocollführers für das kommende Jahr 1852 geschritten.

Als Vorsitzender und dessen Stellvertreter werden die Herren Desterreich, beziehungsweise Wanzelius mit allen gegen je eine Stimme wieder erwählt, und stattdessen beide Herren unter Annahme der Wahl der Versammlung für das ihnen wiederholt bewiesene Vertrauen ihren Dank ab.

Zum Stellvertreter des Protocollführers wird Herr Häusler mit 10 Stimmen gewählt, und nimmt derselbe die Wahl an.

VI. Der Antrag des Bürger- und Humanitäts-Vereins hieselbst, die Errichtung einer Krankencasse für Dienftboten und Lehrlinge in hiesiger Stadt betreffend, kommt wegen Mangels an Zeit auch in der heutigen Sitzung nicht zur Berathung.

VII. Dem Herrn Häusler wird noch zum Vortrage in einer eiligen Sache

von dem Herrn Vorsitzenden das Wort gegeben. Sie betrifft die Führung eines Processus gegen einen Sohn des weiland Tabackspinners Lampe, genannt Heinemann, welcher Letztere inhalts des Schreibens des Stadt-Magistrats vom 15. d. M. in dem Armenhause gestorben und auf dessen Kosten beerdigt ist, so daß die Forderung der Armenkasse an den Nachlaß 29  $\text{fl}$  beträgt. Da nun der Verstorbene ein über 25  $\text{fl}$  lautendes Todtenkassenbuch nachgelassen hat und die Herausgabe dieses Buchs von dem Schuhmachergesell Heinemann verweigert wird, so soll gegen diesen gerichtliche Hülfe in Anspruch genommen werden. Die Versammlung ist mit dem desfallsigen Antrage des Stadt-Magistrats einverstanden und ertheilt zu jener Processführung ihre Zustimmung.

Nach Erledigung dieser Geschäfte wird, um noch einige Gegenstände in gemeinschaftlicher Versammlung des Stadt-Magistrats und der Stadt-Verordneten zu berathen, die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

### Sitzung am 15. Januar.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden Desterreich wird zunächst das Protokoll der letzten Sitzung vom 18. v. M. von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Hierauf zeigt der Herr Vorsitzende der Versammlung an, daß die Herren Voigt, Wankelin, Kronheim, Räche und Uhde ihr Nichterscheinen in der heutigen Sitzung wegen dringender Geschäfte entschuldigt zu sehen wünschen.

Sodann verliest der Herr Vorsitzende einige Mittheilungen des Stadtmagistrats:

1) Das Schreiben vom 29. v. M. enthält die Anzeige, daß bei der an jenem Tage stattgehabten Wahl eines Stadtverordneten an die Stelle des verstorbenen Mitgliedes der Versammlung, des Herrn Feustell, der Herr Obergerichts-Advocat Albert Grotzian erwählt worden sei und die Wahl angenommen habe.

Derselbe ist auch erschienen und hat seinen Sitz in der Versammlung eingenommen.

2) Nach dem Schreiben vom 5. d. M. erklärt der Stadtmagistrat zur Theilnahme an den Commissions-Berathungen wegen der möglichen Verschönerung der hiesigen Stadt sich bereit und hat zu solchen aus seiner Mitte seinen Vorsitzenden, den Herrn Oberbürgermeister Caspari und den Herrn Stadtrath Bammel deputirt.

3) Ein Schreiben vom 10. d. M. giebt der Versammlung anheim, zum Ankauf eines Modells des Neustadt-Rathhauses für das städtische Archiv die Summe von 8 bis 10  $\text{fl}$  aus der Stadtkasse zu bewilligen; die Versammlung spricht durch Mehrheitsbeschluß diese Bewilligung aus.

### Tagesordnung.

I. Dem Beschlusse in der Sitzung am 18. v. M. gemäß wird zur Constituirung der Commission, welche in Vereinigung mit den Deputirten des Stadtmagistrats



die mögliche Verschönerung der hiesigen Stadt berathen soll, die behufige Wahl vorgenommen; letztere trifft mit Stimmenmehrheit die Herren Kronheim, Voigt, Bieweg, Varrentrapp und Grotrian.

II. Zum Mitgliede der Pflegehaus-Deputation wird an Stelle des verstorbenen Herrn Feustell Herr Kellner mit Stimmenmehrheit gewählt.

III. Mit dem Schreiben des Stadtmagistrats vom 15. September v. J. ist ein Antrag des Bürger- und Humanitäts-Vereins auf Errichtung einer Krankenkasse in hiesiger Stadt für Diensthoten und Lehrlinge übersandt.

Der Zweck dieses Antrages wird von dem Stadtmagistrate als ein gut gemeinter, wohlthätiger anerkannt, gleichwohl aber der Antrag selbst nach den entworfenen statutarischen Bestimmungen als ein unausführbarer dargestellt, theils weil die propozirte Zwangsverbindlichkeit der Diensthoten und Lehrlinge zum Beitritte zu einer solchen Krankenkasse Seitens der städtischen Behörden nach den bestehenden Gesetzen sich nicht aussprechen lasse, theils weil die Zahlung der Beiträge voraussichtlich den Dienstherrschaften und Lehrherren neben der in den meisten Fällen doch eintretenden Naturalverpflegung der Diensthoten und Lehrlinge in Krankheitsfällen zur Last fallen werde, theils endlich weil die ganze Anstalt nicht so gegründet erscheine, daß deren Bestehen durch sich selbst als gesichert angenommen werden dürfe, vielmehr eine eventuelle Aushülfe der Stadtkasse in Aussicht stelle.

Mit dieser von dem Stadtmagistrate ausgesprochenen Beurtheilung erklärt sich Namens der betreffenden Commission Herr Häusler in einem weiteren Vortrage einverstanden und giebt der Versammlung anheim, sich gegen den Antrag des Bürger- und Humanitäts-Vereins zu erklären.

Nachdem diese Angelegenheit in der Versammlung ausführlich verhandelt worden, wird durch Mehrheitsbeschluß die Annahme des Antrages abgelehnt.

IV. Der vom Stadtmagistrate mittelst Schreibens vom 2. December 1850 mitgetheilte Statut-Entwurf, die Armen-Verwaltung der hiesigen Stadt betreffend, hat in der Sitzung am 13. November v. J. zu dem Beschlusse der Versammlung Veranlassung gegeben, daß nur solche Anträge zu diesem Statute berücksichtigt werden sollten, welche binnen einer bestimmten, jetzt längst abgelaufenen Frist bei dem Vorsitzenden der Statuten-Commission schriftlich eingebracht sein werden.

Es sind nun auch nach der Mittheilung des Herrn Vorsitzenden Desterreich verschiedene Anträge eingegangen, durch welche Modificationen in einzelnen Punkten empfohlen worden; letztere sind von der Commission und dem Herrn Deputirten des Stadtmagistrats erwogen und die Uebereinstimmung Beider verheißt jenen Modificationen Berücksichtigung. Nur ein Antrag des Herrn Lüdcke in Beziehung auf den §. 27 des Statuts, welcher von dem Bezirksjugendpfleger handelt, wird zu weiterer Erwägung der Versammlung gestellt. Dieser Antrag bezweckt die Anstellung einer besondern Persönlichkeit als Director oder Inspector der Armen- und Freischulen ohne Betheiligung an dem Unterrichte und hat dessen Annahme laut Vortrags des Vorsitzenden der Commission sowohl bei dieser wie bei dem Herrn Deputirten des Stadtmagistrats insofern Widerspruch gefunden, als nach dem Gesetze über die Gemeindeschulen vom 8. v. M. die Stadt- und Bürgerschulen unter einen besondern Dirigenten gestellt werden sollen. Herr Lüdcke sucht in einer weiteren mündlichen Ausführung seinen Antrag zu unterstützen, erklärt sich aber dadurch zufrieden gestellt, daß nach Maßgabe der betreffenden Bestimmungen des jüngst erschienenen Schul-

gesetzes der §. 27 des Statut-Entwurfs durch Weglassung der zu den Amtspflichten des Schuldirectors gehörenden Functionen aus der Aufzählung der Geschäfte der Zugschuld abgeändert würde.

Hiernach wird auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden von der Versammlung beschlossen, daß das Statut über die Armen-Verwaltung nach den Beschlüssen der Commission Namens der Versammlung abgeändert und festgestellt werde.

V. Namens der Finanz-Commission erstattet Herr Födel Bericht über die vom Stadtmagistrate durch Schreiben vom 18. Juni und 28. Juli v. J. vorgelegten über den städtischen Haushalt geführten Rechnungen vom Jahre 1850 und erklärt, daß die Commission gegen die Rechnungen Erinnerungen zu machen keine Veranlassung gehabt habe. Im Uebrigen geht der Herr Referent die einzelnen Positionen der Einnahmen und Ausgaben durch und giebt, soweit dieselben von dem Etat abweichen, die nöthigen Erläuterungen, welche der Versammlung genügen, um zu beschließen, die Ablegung der städtischen Rechnungen vom Jahre 1850 für erfolgt anzunehmen.

Nach Erledigung der Tagesordnung kommen noch folgende Gegenstände zur Berathung und zum Beschlusse:

VI. Dem Herrn Födel wird noch von dem Herrn Vorsitzenden der Vortrag in einer Sache gestattet, die in der Finanz-Commission berathen ist: es handelt sich um die nachträgliche Verwilligung einer Vergütung, besonders für verausgabte Fahrlohn an den Dr. med. Helmbrecht hieselbst, wegen außergewöhnlicher Bemühungen desselben während der Cholera-Epidemie. Der Stadtmagistrat hat in seinem Schreiben vom 29. November v. J. das desfallige Gesuch des Dr. Helmbrecht berücksichtigenswerth gefunden und giebt der Versammlung anheim, demselben 36  $\mathfrak{R}$  nachträglich aus der Stadtcasse zu verwilligen. Auf die Befürwortung der Finanz-Commission genehmigt die Versammlung durch Mehrheits-Beschluß die Zahlung jener Summe an den Dr. Helmbrecht aus der Stadtcasse.

VII. Ferner erstattet Herr Födel als Referent der Finanz-Commission Bericht über den Inhalt eines Schreibens des Stadtmagistrats vom 12. v. M., mit welchem die Vorschläge des mit der Leitung der städtischen Wegebauten beauftragten Wegebau-Conducteurs Götter für die Jahre 1852, 1853 und 1854 übersandt worden sind.

Auf Neubauten und auf Erhaltung der chaussirten Wege sind danach

im Jahre 1852: 5370  $\mathfrak{R}$  und 960  $\mathfrak{R}$ ,

1853: 3420  $\mathfrak{R}$  und 1200  $\mathfrak{R}$ ,

1854: 3980  $\mathfrak{R}$  und 1360  $\mathfrak{R}$ ,

zu verwenden. Vom Stadtmagistrate wird die Versammlung ersucht, mit den auch von der Bau-Commission gebilligten Vorschlägen des Götter, durch welche die Verwendung näher erläutert wird, sich einverstanden zu erklären und zu genehmigen, daß zur allmählichen Deckung dieser Ausgaben jährlich 2 simpla, also 4  $\mathfrak{g}$  pro Morgen, von den Grundbesitzern erhoben werden.

Gegen den Antrag der Finanz-Commission, welche die Proposition des Stadtmagistrats der Versammlung zur Annahme empfiehlt, erklärt sich Herr Lissebon, indem er das pflichtige Areal der ganzen städtischen Feldmark zu 24,000 Morgen annimmt und daraus ableitet, daß die Grundbesitzer bei einem Betrage von 4  $\mathfrak{g}$  pro Morgen stärker in Anspruch genommen werden würden, als ursprünglich bei der Vertheilung der Wegebaukosten für die nächstfolgenden Jahre beabsichtigt worden, es

seien für die nächste Zukunft die Beiträge der sämmtlichen Grundbesitzer der städtischen Feldmark insgesammt jährlich auf 2000  $\mathfrak{f}$  berechnet, und danach müsse es genügen, wenn von jedem Morgen nur ein simplum, also 2  $\mathfrak{g}$  pro Morgen, erhoben würden.

Die noch nicht hinlänglich festgestellte Größe des pflichtigen Areals der städtischen Feldmark, die nach Herrn Häuslers Mittheilung bei der Berathung des Wegestatuts nur zu 12,000 Morgen angenommen worden sei, und dessen und der Herren Jüdel und Graß Bedenken, daß die Stadtcasse, wenn von nur 12,000 Morgen je 1 simplum oder 2  $\mathfrak{g}$  jährlich zu erheben wären, zu sehr belastet werden würde, veranlaßt Herrn Lissebon, seinen Antrag dahin zu modificiren, daß die Versammlung bestimmen möge, daß zur Herstellung und Erhaltung der Communalwege so viele simpla von den Grundbesitzern aufzubringen seien, daß jährlich 2000  $\mathfrak{f}$  an die städtische Wegebaukasse abgeliefert werden könnten.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt hatte, daß gegen die Annahme des so gestellten Antrages nichts zu erinnern sein werde, genehmigt die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß die Vorschläge des Wegebau-Conducteurs Götter und die jährliche Aufbringung von 2000  $\mathfrak{f}$  Seitens der Grundbesitzer der städtischen Feldmark nach Maßgabe des Antrages des Herrn Lissebon.

Nach Beendigung dieser Verhandlung wird die Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden geschlossen: das Protokoll wird von dem Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

## Sitzung am 22. Januar.

Bei Eröffnung der Sitzung zeigt der Herr Vorsitzende De Sterreich der Versammlung an, daß die Herren Fabricius wegen Krankheit, Bieweg, und Kronheim und Voigt wegen eingetretener dringender Behinderung ihr Nichterscheinen in der heutigen Sitzung entschuldigt haben.

Von den Gegenständen der Tagesordnung wünscht Herr Graß zunächst die Gesuche um Verleihung des Wohnortrechts beraten zu sehen und stellt darauf einen förmlichen Antrag, den der Herr Vorsitzende alsobald zur Abstimmung zu bringen verheißt.

Zuvor jedoch verliest der Letztere das Schreiben des Stadtmagistrats vom 20. d. M., ein Gesuch des Hof-Gold- und Silber-Arbeiters Lemme hieselbst um unentgeltliche Ueberlassung einer Straßenfläche betreffend, und glaubt dasselbe, ohne es zur Vorprüfung an die Baucommission verweisen zu müssen, zur sofortigen Berathung und Entscheidung der Versammlung vortragen zu dürfen. Von dem gedachten Suppllicanten, Lemme, wird ein Neubau des an der Ecke des Papensieges und der Höhe belegenen Hauses N 32 beabsichtigt, wobei dasselbe über insgesammt etwa 90  $\square$  Fuß in die Straße, den Papensstieg, hinausgerückt werden sollte. Der eingereichte und von dem Herrn Vorsitzenden vorgelegte Situationsplan giebt davon eine nähere Anschauung und da auf Grund einer Begutachtung durch den Stadtbaumeister Köllsch unter den von diesem rücksichtlich des Neubaus gestellten Bedingungen der Stadtmagistrat für die Gewährung des Gesuchs sich ausgesprochen hat, so erklärt sich auch die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß in gleicher Weise mit der unentgeltlichen Ueberlassung des fraglichen Straßenterrains an Lemme einverstanden.

Ferner theilt der Herr Vorsitzende der Versammlung das Schreiben des Stadtmagistrats vom 20. d. M. mit, welches sich auf die früher beratenen ergänzenden Bestimmungen der Geschäftsordnung der Stadtverordneten bezieht. Das Herzogliche Staats-Ministerium, dem jene Bestimmungen von dem Stadtmagistrate zur Genehmigung vorgelegt worden, hat zwei Ausstellungen dagegen gemacht. Nach der einen soll im §. 2 die Strafe von 8  $\mathfrak{R}$  auch für den Fall angedroht werden, daß ein Mitglied der Versammlung ohne Angabe eines genügenden Grundes die Sitzung vor deren Schluß dauernd verlassen würde, die andere enthält lediglich eine kleine Redactions-Änderung in dem §. 6. Die Versammlung ist mit dem Herrn Vorsitzenden darüber einverstanden, daß wegen beider Punkte sofort, ohne daß diese Angelegenheit zuvor der Commission überwiesen werde, Beschluß gefaßt werden könne, und erklärt ihre Zustimmung zu den vom Herzoglichen Staats-Ministerium verlangten Abänderungen. — Außerdem wird von der Versammlung rücksichtlich der Publication jener statutarischen Bestimmungen beschlossen, daß, um dieselben in Kraft treten zu lassen, zwar deren erfolgte Feststellung durch die Braunschweigischen Anzeigen bekannt gemacht, jedoch nur einem jedem Mitgliede des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten ein gedrucktes Exemplar behändigt werden solle.



Hiernächst richtete der Herr Vorsitzende auf Veranlassung des vorerwähnten Antrags des Herrn Graf behufige Anfrage an die Versammlung, welche sich aber dafür entscheidet, daß an der Reihenfolge der angeordneten Tagesordnung festgehalten werde.

Ehe aber zu der Tagesordnung selbst übergegangen wird, wird zuvor noch eine Anfrage des Herrn Lüdcke an den Herrn Oberbürgermeister Caspari über den Stand der Gaserleuchtungs-Angelegenheit von Letzterem dahin beantwortet:

daß die Herzogliche Landesregierung die Einführung einer Gaserleuchtung in hiesiger Stadt genehmigt und daß eine Actien-Gesellschaft sich gebildet habe, welcher unter den früher schon festgestellten Bedingungen die Erleuchtung der hiesigen Stadt, insbesondere mit Röhren-Gas, contractlich übertragen und namentlich zur Verpflichtung gemacht sei, eine Erleuchtung mit Röhren-Gas mit dem 1. October d. J. auf dem Eisenbahnhofe und mit dem 1. Januar k. J. in wenigstens 100 Laternen in hiesiger Stadt herzustellen.

Auf der Tagesordnung findet sich verzeichnet:

I. Die Berathung über einen vom Stadtmagistrat mitgetheilten Entwurf einer Wochenmarkt-Ordnung.

Ueber diese Angelegenheit erstattet Namens der Statuten-Commission Herr Häusler Bericht.

Auf Veranlassung eines an den Stadtmagistrat gerichteten Gesuchs mehrerer Bewohner des Augustthor-Districts, einen Wochenmarkt auf dem Aegidienmarkte, etwa durch Verlegung der bisher auf dem Altstadtmarkte abgehaltenen beiden Wochenmärkte nach jenem Marktplatze im Augustthor-Districte, zu begründen, ist eine Revision der alten Wochenmarkts-Ordnung für wünschenswerth und nothwendig erachtet, und der obige Entwurf von Herzoglicher Polizei-Direction ausgearbeitet.

Die Berathung selbst wird an die einzelnen Paragraphen geknüpft und zu diesem Zwecke der §. 1, welcher dahin lautet:

»Die Wochenmärkte in Braunschweig finden Statt:

1) Dinstags und Sonnabends auf dem Aegidienmarkte,

2) Mittwochs und Sonnabends auf dem Altstadtmarkte,

3) Donnerstags und Sonnabends auf dem Hagenmarkte,

von dem Herrn Vorsitzenden verlesen.

Zu diesem Paragraphen ist von dem Stadtmagistrate der Zusatz beantragt: daß, falls auf einen Markttag ein Fest falle, der Markt an dem vorhergehenden Wochentage abgehalten werde.

Die Commission hält es für angemessener, daß der gesammte Marktverkehr, um solchen mehr zu beleben, um eine größere Uebereinstimmung in den Preisen der zu Markte gebrachten Waaren hervorzurufen, und um eine strengere polizeiliche Marktcontrole ausführbar zu machen, wie in Hannover, Leipzig, Dresden und in andern Städten auf einem Marktplatze, und zwar hier auf dem Hagenmarkte, der sich am besten dazu eigne und mit dem nördlich gelegenen Theile des Katharinen-Kirchhofes einen genügenden Raum gewähre, vereinigt werde. Nur für einzelne Marktartikel, nämlich für Getreide, Stroh, Heu, Kartoffeln, Holz und Torf, würden die bisherigen Straßen und Plätze beizubehalten sein. Danach erklärt sich die Commission sogar für eine Aufhebung der gegenwärtigen beiden Wochenmärkte auf dem Altstadtmarkte und ist entschieden gegen die Einrichtung zweier Märkte auf dem Aegidien-

markte. Statt des §. 1 des Entwurfs wird von der Commission folgende Bestimmung und Fassung zur Annahme empfohlen:

»§. 1. Die Wochenmärkte in Braunschweig werden am Mittwochen und Sonnabend auf dem Hagenmarkte und dem Katharinen-Kirchhofe abgehalten, mit Ausnahme des Handels mit Getreide, Stroh, Heu und Kartoffeln, welcher auf dem Altstadtmarkte und Radeklinte, ferner des Holz- und Forsthandels, welcher auf den bisher dazu benutzten Straßen und Plätzen an denselben Tagen stattfindet. Wenn auf einen Markttag ein Fest fällt, wird der Markt an dem vorhergehenden Wochentage abgehalten.«

Von dem Herrn Vorsitzenden wird die Debatte über die nachstehenden drei Fragen, über welche demnächst die Abstimmung erfolgen müßte, eröffnet:

1) ob der gesammte Wochenmarkt-Verkehr in hiesiger Stadt auf einen, und zwar auf den Hagen-Marktplatz beschränkt werden, oder

2) ob, wie bisher, auf zwei Marktplätzen, und zwar auf dem Altstadt- und Hagenmarkte, der Wochenmarkt-Verkehr bestehen bleiben, oder

3) ob noch ein dritter Platz, und zwar der Aegidienmarkt, für den Wochenmarkt-Verkehr bestimmt werden solle.

Herr Kellner für das Gesuch der Bewohner des Augustthor-Districts: Durch die Annahme des Commissions-Antrages werde dem Wohle der hiesigen Stadt nicht die gehörige Berücksichtigung geschenkt. Eine solche verdiene ganz besonders der Stadttheil in der Nähe des Augustthors, der in neuerer Zeit vorzugsweise gelitten habe. Die Vortheile, welche das Abhalten der Wochenmärkte auf dem Aegidienmarkte während der Messen mit sich führte, seien nicht so ganz unerheblich. Von den Marktbefuchern kauften Viele ihre Bedürfnisse in der Nähe des Marktplatzes ein und erzeugten dadurch einen Verdienst, zu dem die dortigen Bewohner andernfalls keine Gelegenheit haben würden. Dieser günstige Einfluß des Marktverkehrs auf den Nahrungserwerb in dem Augustthor-District sei diesem Stadttheile um so eher zu verschaffen, als die Theile der Stadt, zu denen der Altstadtmarkt gehöre, durch den Meß- und Eisenbahnverkehr eine reichliche Nahrung hätten. Darum sei es eine billige Ausgleichung und Vertheilung des Verkehrs in hiesiger Stadt, wenn die Wochenmärkte von dem Altstadtmarkte nach dem Aegidienmarkte verlegt würden.

Herr Lüdel für den §. 1 des Entwurfs: Gegen den Antrag der Commission spreche schon der Umstand, daß doch noch für viele Marktartikel die bisherigen Straßen und Plätze beibehalten werden sollten. Außerdem seien mit der Aufhebung der Wochenmärkte auf frühern Plätzen ebensowohl für die den Markt besuchenden Verkäufer und Käufer als für die Bewohner in der Nähe des Marktplatzes erhebliche Nachteile verbunden, theils wegen der weiten Wege, theils wegen der Entziehung der bürgerlichen Nahrung. Insofern sei er sogar mit dem Herrn Kellner einverstanden, daß zum Vortheile des Augustthor-Districts auch auf dem Aegidienmarkte Wochenmärkte zugelassen würden.

Herr Lissebon: Nicht bloß zum Vortheile des Augustthor-Districts, sondern überhaupt zum Vortheile des gesammten Verkehrs in hiesiger Stadt solle der Wochenmarkt-Verkehr neu geordnet werden und der von dem Entwurfe abweichende Commissions-Antrag beruhe auf Gründen, welche die Bestimmung eines Marktplatzes gewiß rechtfertigen. Es möge wohl erwogen werden, daß bei den mehrfachen Plätzen, auf welchen der Wochenmarkt abgehalten würde, eine Verschiedenheit der

Preise rücksichtlich derselben Marktwaare sich herausstellt, die im Interesse des Publikums möglichst zu vermeiden sei. Letzteres werde auf dem einen Marktplatze eine größere Auswahl für seine Bedürfnisse finden und die gesuchte Marktwaare zu einem Preise erhalten können, welcher nach Zeit und Umständen allgemein als ein angemessener sich festgestellt habe. Dies veranlasse nicht bloß die Menge der zu Markt gebrachten Waaren, sondern auch die vermehrte Anzahl der Käufer. Der Besuch der Wochenmärkte auf dem Altstadtmarkte und dem Hagenmarkte sei bisher nicht so bedeutend gewesen; eine Vereinigung der beiden Märkte auf einem Platze werde dem ganzen Verkehre in hiesiger Stadt eine größere Lebhaftigkeit verschaffen. Ob übrigens zu diesem Zwecke der Hagenmarkt außersehen, oder irgend ein anderer Platz in hiesiger Stadt gefunden und gewählt werden möge, solle ihm gleichgültig sein, wenigstens verwahre er sich dagegen, als ob er nur aus Liebe für den Hagenmarkt die Concentrirung des ganzen Wochenmarkts-Verkehrs auf einem Platze gewünscht habe.

Herr Pastor Steinmeyer glaubt mit Herrn Lissebon, daß die Vereinigung des Wochenmarkts-Verkehrs auf einem Platze viele Vortheile darbiete, und die etwas weitem Wege unter solchen Umständen nicht werden gescheut werden. Er wünscht aber noch zu erfahren, ob auch wohl in andern Städten der Marktverkehr früher getheilt gewesen und wie eine etwaige Vereinigung aufgenommen sei und zu welchen Erfolgen dieselbe geführt habe, verlangt auch für diese Sache noch eine weitere Erörterung in der Beziehung, ob wirklich im Interesse der ganzen Stadt die Wahl eines Platzes räthlich erscheine.

Herr Lissebon bemerkt darauf, daß er zwar nicht wisse, ob in andern Städten früher mehre Plätze zum Wochenmarkt-Verkehre bestimmt gewesen seien, führt aber an, daß in Leipzig die Wahl eines zweiten Marktplatzes abgelehnt worden, und hebt noch besonders hervor, daß gerade aus dem Grunde die Bestimmung eines Platzes zum Marktverkehre gewiß im Interesse der Stadt sei, weil die Controle über den Marktverkehr viel wirksamer geübt werden könne.

Herr Födel erblickt in der Wahl eines Platzes zum Marktverkehre keinen Vortheil für das allgemeine Wohl der Stadt; so würden namentlich auch die Gasthofsbesitzer durch die Aufhebung des Marktverkehrs an dem frühern Platze bedeutende Nachtheile zu verspüren haben; sofern überhaupt nicht ganz besondere Vortheile durch die Vereinigung des Marktverkehrs auf einem Platze zu erreichen möglich sei, würden die bestehenden Einrichtungen einen billigen Schutz in Anspruch nehmen dürfen.

Herr Häusler: Der Antrag der Commission stelle in der That sehr erhebliche Vortheile für die ganze Stadt in Aussicht und als solche müßten die schon hervor gehobenen Punkte, die Behebung des Verkehrs durch die einheitliche Richtung desselben nach einem Platze, die Beseitigung der Verschiedenheit der Preise für die Marktwaaren und die wirksamere Marktpolizei angesehen werden. Solchen Vortheilen werde das Privatinteresse, das ohnehin nicht so erheblich verletzt werde, nachgesetzt werden müssen, und deshalb könne auch darauf, daß etwa einige Gasthäuser durch die Aufhebung des Marktverkehrs auf dem frühern Platze leiden, nicht so viel Gewicht gelegt werden. Zur Vereinigung des gesammten Marktverkehrs eigne sich wohl am besten der Hagenmarkt, da derselbe nur etwa für den Hohen- und Wilhelmthor-District etwas fern gelegen sei, ein Uebelstand, den diese wohlhabendere Gegend nicht schwer zu ertragen im Stande sein werde. Daß für die Artikel Getreide, Stroh, Heu

u. s. w. die bisherigen Straßen und Plätze beizubehalten von der Commission vorgeschlagen sei, fände darin seine Rechtfertigung, daß bei diesem Handel ein anderes Publikum sich theilnähme, als bei dem gewöhnlichen Wochenmarkts-Verkehre. Für Lehtern werde der Regidienmarkt jedenfalls der am ungünstigsten gelegene Platz sein, wie sich denn schon hinlänglich herausgestellt habe, daß sich auf jenem Markte ein regerer Verkehr nicht habe bilden wollen.

Herr Lissebon knüpft hieran noch die Bemerkung, daß überhaupt durch Zwang in dieser Beziehung sich nicht viel ausrichten lasse, wie beispielsweise die in Lüneburg eingeführte Messe ergebe, übrigens der Antrag der Commission vorzugsweise den sogenannten Kiepenmarkt berücksichtigt habe.

Herr Nieß ist für den §. 1 des Entwurfs, indem er zwar nicht in Abrede stellt, daß die Vereinigung des Marktverkehrs auf einem Platze manche Unannehmlichkeit biete, jedoch auf der andern Seite die Bedenkllichkeiten und Schwierigkeiten berücksichtigt, etwas lange Bestandenes zu verändern oder aufzuheben, wobei so viele Bewohner der frühern Marktgegend nicht unbedeutend verletzt werden würden, und endlich den Versuch gerechtfertigt findet, den Verkehr im Augustthor-District zu beleben.

Herr Helfft erklärt sich aus den schon geltend gemachten Rücksichten auf das gesammte Publikum für die Verweisung des gesammten Marktverkehrs auf einen Platz.

Herr Oberbürgermeister Caspari: Nach dem Commissions-Antrage sollen für den Handel mit Getreide, Stroh, Heu, Kartoffeln, Holz und Torf die bisherigen Straßen und Plätze beibehalten und der sonstige Marktverkehr auf einen Platz gewiesen werden. Die dafür sprechenden Gründe, Belegung des Marktverkehrs überhaupt, Förderung der Gleichmäßigkeit der Marktpreise und die polizeiliche Marktcontrole, gegen welche das Interesse der Einzelnen zurückstehen solle, mögten allerdings beachtenswerth sein; doch aber würden die bestehenden Verhältnisse gewissermaßen eine Berechtigung erlangt haben, deren Berücksichtigung mit gewichtigem Grunde gefordert werden könnte. Möge auch die in Vorschlag gebrachte Einrichtung an und für sich besser sein, so seien doch einmal in hiesiger Stadt seit alter Zeit mehre Marktplätze vorhanden gewesen, und aus der weitem Entfernung eines Marktplatzes erwachsen dem Publikum, welches früher den Marktplatz mehr in seiner Nähe gehabt habe, so erhebliche Belästigungen und Nachtheile, daß solche, wenn nicht höhere Interessen diese Opfer nothwendig forderten, möglichst zu vermeiden und abzuwenden sein würden. Besonderes Gewicht sei auf die Handhabung der Marktpolizei gelegt; allein eine solche sei durch die mehren Marktmeister und Polizeidiener auch an mehren Marktplätzen sehr wohl möglich. Zu erwägen sei übrigens ferner, daß ein Markt durch Zwang sich nicht begründen lasse, da auch der Wille der Verkäufer dafür entscheidend sei. Wenn nun überhaupt die Vortheile für eine Vereinigung des Marktverkehrs auf einem Platze zu hoch angeschlagen sein möchten, so würde die Annahme des Commissions-Antrages immerhin bedenklich erscheinen.

Herr Steinmeyer spricht sich schließlich für die Vereinigung des Verkehrs auf einem Platze aus, indem er der Meinung ist, daß solche ebenso wohl im Interesse der Verkäufer als der Käufer liege, und wie auf dem Hagenmarkte bisher der Hauptverkehr gewesen, so könne auch die Wahl nur auf diesen Marktplatz fallen.



Für den durch den Herrn Vorsitzenden angekündigten Schluß der Debatte erhält noch der Berichterstatter, Herr Häusler, das Wort:

Bestehende Verhältnisse, äußert derselbe, dürften Anspruch auf Berücksichtigung nicht machen, wenn Rücksichten auf das öffentliche Interesse eine veränderte Einrichtung erheischen. Nun sei aber der Vorschlag der Commission gewiß im Interesse der ganzen Stadt, zumal mehre Marktplätze oft doppelte Wege verursachten, und die Marktpolizei auf einem Platze besser geübt werden könne, als auf mehreren. Sollten auch einzelne Privatpersonen leiden, so sei doch der Vortheil jener neuern Einrichtung ein allgemeinerer, der ebenso Anerkennung demnächst finden, als Käufer und Verkäufer an die neue Einrichtung selbst leicht gewöhnen würde.

Bei der Abstimmung über den ersten Fragepunkt wird sofort der Commissions-Antrag mit zwölf unter neunzehn Stimmen angenommen, wodurch die beiden andern Fragepunkte von selbst ihre Erledigung gefunden haben.

Der §. 2 des Entwurfs bestimmt die Zeitdauer der Wochenmärkte, und wird ohne weitere Verhandlung durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

In dem §. 3 des Entwurfs sind die Waaren namentlich aufgeführt, welche auf den Wochenmärkten sollen feilgeboten werden dürfen; unter Andeutung einiger Reductions-Aenderungen giebt die Commission die Annahme dieses Paragraphen anheim und empfiehlt außerdem einen Zusatz-Paragraphen, durch welchen die Freiheit des Handels mit grünem Gemüse auch außer den Markttagen auf den bisher dazu benutzten Plätzen, wenngleich unter den polizeilichen Controle-Bestimmungen der Marktordnung, ausgesprochen werden soll. Bei dieser Gelegenheit erwähnt Herr Häusler einer bei dem Stadtmagistrate eingegangenen und von Letztem den Stadtverordneten mitgetheilten Vorstellung des hiesigen Gärtnervereins, welche darauf gerichtet ist, daß den Wolfenbütteler Gärtnern mit Ausnahme zweier Tage der Verkauf von Gemüse allhier nicht gestattet werde; die Commission erklärt sich gegen dieses Gesuch, da eine desfallsige Beschränkung geseglich eben so unzulässig, als gegen das Interesse des Publikums sei.

Als zu den Marktartikeln gehörend sind auch »Strümpfe von Leinen, Leinengarn und Zwirn« genannt, und während Herr Helfft darauf anträgt, das Feilbieten auch von »gestrickten« Strümpfen auf den Wochenmärkten zu gestatten, beantragt Herr Nieß im Interesse der hiesigen Handeltreibenden die Streichung jener drei Artikel.

Beide Anträge werden indessen von der Versammlung abgelehnt, dagegen dem Commissions-Antrage gemäß der §. 3 des Entwurfs nebst dem in Vorschlag gebrachten Zusatz-Paragraphen unter Zurückweisung der Petition der hiesigen Gärtner angenommen.

Nach §. 4 des Entwurfs ist insbesondere der Verkauf von Getränken auf den Wochenmärkten verboten; die Versammlung erklärt sich mit diesem Paragraphen einverstanden.

Der §. 5 lautet in dem ersten Absätze:

»Gegenstände, welche nach §. 3 zu den Wochenmarkt-Artikeln gehören und von auswärts hierher gebracht sind, dürfen an den Markttagen vor dem Beginne der Marktzeit überall nicht, und bis 11 Uhr Vormittags an keinem andern, als an dem für den Markt bestimmten Platze, auch nicht vor oder in den Thoren verkauft und an diesen Tagen vor Ablauf der Marktzeit nicht hausirend umher getragen werden.«

Der Stadtmagistrat bemerkt zu dieser Bestimmung, daß es angemessen sein werde, auszusprechen, daß die für ein desfallsiges Entgegenhandeln in der Marktordnung angeordneten Strafen nicht bloß die Verkäufer, sondern auch diejenigen Personen, welche die für den Markt bestimmten Waaren zum Wiederverkauf auf- oder verkaufen würden, treffen sollen.

Mit einer solchen Zusatzbestimmung wird der §. 5 des Entwurfes von der Versammlung angenommen.

Obwohl zu der Berathung des §. 6 des Entwurfes schon übergegangen war, wird doch von der Versammlung der Schluß der heutigen Verhandlung über die Marktordnung beliebt.

Auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden genehmigt die Versammlung, daß der Stadtmagistrat vorerst von dem Beschlusse über den §. 1 der Marktordnung sofort in Kenntniß gesetzt werde, damit eine desfallsige Antwort wo möglich schon in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten mitgetheilt werden könne: daß eine so zeitige Rückäußerung möglich sein werde, glaubt jedoch Herr Overbürgermeister Caspari nicht verheizen zu dürfen, da eine Communication mit Herzoglicher Polizei-Direction in dieser Angelegenheit erforderlich sei.

II. Behuf der nach der Tagesordnung folgenden Berathung über Gesuche um Verleihung des hiesigen Wohnortrechts wird nach dem Beschlusse der Versammlung zu einer vertraulichen Sitzung übergegangen und deshalb die öffentliche Sitzung geschlossen.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 2. März 1852.

---

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Herren Graß, Francke, Helfft, Bieweg und Röpcke haben ihr Nichterscheinen in der heutigen Sitzung und Herr Aronheim sein späteres Erscheinen durch bringende Geschäfte entschuldigt:

#### Tages-Ordnung:

I. Die Berathung des §. 1 und der noch nicht erledigten Paragraphen des Entwurfs einer Wochenmarkt-Ordnung für die Stadt Braunschweig.

Der Stadt-Magistrat hat in einem ausführlichen Schreiben vom 23. v. M. über den frühern Beschluß der Stadtverordneten in der Sitzung am 22. Januar d. J. in Betreff des §. 1 des Entwurfs einer Wochenmarkt-Ordnung dahin sich geäußert, daß die Vereinigung des gesammten Wochenmarkt-Verkehrs auf einem Plage, auf dem Hagenmarkte, unter den hier obwaltenden Verhältnissen nicht angemessen und deshalb nicht gerathen erscheine, daß dagegen die Vertheilung der Wochen-Märkte in der Art und Weise, wie der §. 1 des vorgedachten Entwurfs bestimme, den allseitigen Wünschen und Interessen, sowohl des hiesigen Publicums, als auch der Verkäufer, am entsprechendsten sein werde. Danach wird von dem Stadt-Magistrate unter Mittheilung dreier auf diese Markt-Angelegenheit bezüglicher Petitionen: des Vorstandes des hiesigen Bürger-Vereins, von Bewohnern des Wilhelmi-, Hohen- und Petriithor-Districts und von Bewohnern des Augustithor-Districts die Versammlung ersucht, von dem frühern Beschlusse abzugehen und mit dem §. 1 des Entwurfs das Einverständniß auszusprechen.

Nach Verlesung des Schreibens des Stadt-Magistrats durch den Herrn Vorsitzenden, während welcher Herr Aronheim in der Versammlung erscheint, erklärt der Erstere Namens der Statuten-Commission, daß diese durch die Ausführungen des Stadt-Magistrats von der Unangemessenheit und Unzulässigkeit der Vereinigung des gesammten Markt-Verkehrs auf einem Marktplatze zwar nicht überzeugt sei, jedoch bei dem zu erkennen gegebenen Widerspruche einer bedeutenden Anzahl hiesiger Bürger und Einwohner gegen die vorgeschlagene neue Einrichtung der Versammlung die weitere Verfolgung des frühern Beschlusses nicht empfehlen könne. Ueberhaupt sehe er sich nicht in der Lage, Majoritäts-Anträge der Commission vorzulegen, da die Ansichten darüber auseinander gehen, ob, wenn nicht etwa der vorige Beschluß wiederholt werde, es angemessen sei, die bisher üblich gewesenen Plätze und Tage für den Wochen-Markt-Verkehr beizubehalten und denselben durch die Begründung eines neuen Wochen-Marktes auf dem Megidien-Markte nicht noch mehr zu zersplittern, oder die Proposition anzunehmen, oder endlich die Abhaltung von Wochen-Märkten auf dem Megidienmarkte zwar zu gestatten, ohne jedoch eine Veränderung der Markttag auf dem Hagenmarkte eintreten zu lassen.

Vor Eröffnung der Debatte stellt der Herr Vorsitzende die nachfolgenden Fragepunkte auf, über welche die demnächstige Abstimmung werde erfolgen müssen:

1) soll der frühere Beschluß in der Sitzung am 22. Januar d. J. über den §. 1 des Entwurfs bestehen bleiben? — oder

2) soll auf dem Megidienmarkte am Dinstage und Sonnabend ein Wochen-Markt begründet werden? — und, falls diese Frage bejaht werden würde, soll

3) auch dem Hagenmarkte der Dinstag als Markttag erhalten werden? — oder endlich

4) soll die Bestimmung im §. 1 des Entwurfs angenommen werden?

In der Versammlung vertheidigt zunächst Herr Liffébon den frühern Beschluß und hebt unter Bezugnahme auf den Inhalt des Schreibens des Stadt-Magistrats insbesondere hervor, daß die Vereinigung der gesammten Marktware auf einem Markte vorzugsweise geeignet sei, ein den Käufern günstiges Preisverhältniß hervorzurufen, und daß dieser Umstand, sowie die den Käufern gebotene größere Auswahl das Publicum zu einem stärkern Besuche des Wochenmarkts veranlassen werde.

Die Herren Warrentrapp, Aronheim, Häusler und Steinmeyer erklären zwar auch, daß die in der letzten Sitzung beschlossene Vereinigung des gesammten Marktverkehrs auf einem Platze vor einer Theilung



desselben den Vorzug verdiene, erkennen aber zugleich an, daß der Ausführung jenes Planes der so entschieden geäußerte Widerspruch des Publikums entgegen trete und deshalb zur Zeit von der lediglich in Berücksichtigung des Interesses der ganzen Stadt vorgeschlagenen neuen Markt-Einrichtung werde abgesehen werden müssen. Dabei weist noch Herr Häusler darauf hin, daß die Begründung eines Wochen-Markts auf einem dritten Plage, dem Regidien-Markte, die einer spätern Zeit vorbehalten bleibende Concentrirung des Wochen-Markt-Verkehrs auf einem Plage noch mehr erschweren werde, und giebt deshalb anheim wenigstens bei den gegenwärtigen Plätzen und Tagen für den Wochen-Markt stehen zu bleiben, diesem Vorschlage redet auch Herr Steinmeyer das Wort, zumal ein Bedürfniß für die Begründung von Wochen-Märkten auf einem dritten Plage nicht vorliege.

Herr Nieß entscheidet sich für die Begründung von Wochen-Märkten auf dem Regidien-Markte, jedoch unter Beibehaltung des bisherigen Markt-Verkehrs auf dem Altstadt- und Hagen-Markte.

Die Herren Jüdel, Lüdcke, Räche und Fabricius sprechen sich im Wesentlichen für die Annahme des Entwurfs aus, um zu dem wirksamern Versuche Gelegenheit zu geben, dem August-Thor-Districte einen möglichst lebhaften Verkehr wieder zuzuweisen. Auch Herr Aronheim wünscht diesen Zweck erreicht zu sehen und glaubt, daß einer etwaigen spätern Vereinigung des Markt-Verkehrs auf einem Plage der jetzt zu schaffende dritte Markt-Platz nicht mehr Schwierigkeiten bereiten werde, als augenblicklich sich herausgestellt hätten.

Dem Schlusse der Debatte folgt die Abstimmung, durch welche

- 1) nach einstimmiger Aufhebung des frühern Beschlusses rücksichtlich des einen Markt-Plazes,
- 2) die Begründung eines Wochen-Markts auf dem Regidien-Markte am Dinstag und Sonnabend gegen fünf verneinende Stimmen — und zugleich
- 3) die Erhaltung des Dinstags als Markttag für den Hagenmarkt, mit 11 unter 21 Stimmen, beschlossen wird.

Hiernächst wird von dem Herrn Häusler, als Commissions-Referenten weiterer Bericht über den §. 6 seq. des Entwurfs erstattet.

Der §. 6 des Entwurfs enthält mehrer Beschränkungen für Handelsleute und andere Gewerbetreibende rücksichtlich des Besuchs der Wochen-Märkte und des Aufkaufens von Marktwaaaren daselbst, und sind zu selbigem von dem Stadt-Magistrate einige erläuternde und ergänzende Bestimmungen in Vorschlag gebracht, mit denen, wie mit dem §. 6 überhaupt, abgesehen von einigen Re-

Redaktions-Änderungen die Commission sich einverstanden erklärt. Auch die Versammlung spricht durch Mehrheits-Beschluß ihre Uebereinstimmung mit den einzelnen Vorschriften des §. 6 unter Berücksichtigung der Vorschläge und Anträge des Stadt-Magistrats und der Commission aus, nachdem ein Antrag des Herrn Nieß auf Streichung des Satzes wegen des Aufkaufs von kleinem Schlacht-Vieh auf den Wochen-Märkten durch die Knochenhauer und Schweinefeischschlächter während der Marktzeit (§. 6 N<sup>o</sup> 2) und ein Antrag des Herrn Meyer, daß den Kornhändlern und andern, diesen gleichgestellten Personen der Besuch der Wochen-Märkte vor der festgesetzten Zeit, 10 Uhr Morgens, nicht überhaupt versagt, sondern denselben nur verboten werden möge, vor jener Zeit als Getreide-Käufer zu erscheinen (§. 6 N<sup>o</sup> 4), abgelehnt worden.

In Bezug auf den §. 6 N<sup>o</sup> 5, den Verkehr der Kornmakler auf den Wochen-Märkten betreffend, wird von der Versammlung beschlossen, an den Stadt-Magistrat das Ersuchen zu richten, über den Gewerbe-Betrieb der Kornmakler überhaupt, namentlich über die Zulassung der Kornmakler vom Lande, ein Regulativ zu veranlassen, da die sogenannten Land-Kornmakler vorzugsweise nachtheilig auf den Kornvertrieb in hiesiger Stadt einwirkten.

Die §§. 7 und 8 verbieten das Feilhalten von Lebensmitteln, welche nach ihrer Beschaffenheit der Gesundheit nachtheilig werden können, und die betrügerliche Anseuchung, Mischung oder sonstige Verfälschung der auf den Markt gebrachten Waaren bei Strafe der Confiscation und werden von der Versammlung mit einigen von der Commission beantragten Redaktions-Änderungen, unter Vorbehalt der etwaigen Berücksichtigung eines von dem Herrn Jüdel zu §. 8 angekündigten Antrages, angenommen.

Der §. 9 handelt von dem für den Wochenmarkt-Verkehr geltenden Maß und Gewicht: die Commission beantragt eine desfallige Hinweisung auf das Gesetz vom 30. März 1837, empfiehlt im Uebrigen den Paragraphen zur Annahme und erklärt, daß sie zum Zwecke der Regulirung des Holz- und Torfhandels bestimmte angemessene und ausführbare Vorschläge nicht machen könne und darauf sich beschränken müsse, der Versammlung anheim zu geben, den Stadt-Magistrat um eine desfallige Vorlage zu ersuchen und das demnächst gewonnene Resultat als einen Nachtrag der Wochenmarkt-Ordnung beizufügen. Von dem Herrn Referenten wird noch bemerkt, daß schon seit vielen Jahren die Polizei-Direction, der Stadt-Magistrat und die Stadtverordneten bemüht gewesen seien, Bestimmungen zu treffen, durch welche den mannigfaltigen Betrügereien bei dem Holz- und Torfhandel abgeholfen werden könne, aber: bis jetzt sei es nicht möglich gewesen, dergleichen practische Verfügungen

ins Leben zu rufen, und die neuerlich von dem Bürger-Verein hieselbst gemachten Vorschläge seien ebensowenig wirksam und ausführbar.

Der auf den §. 8 bezügliche Antrag des Herrn Jüdel betrifft gerade den Holzhandel und geht dahin, den Holzverkäufern zur Pflicht zu machen, daß sie die Stückzahl des Holzes genau angeben und die gleiche Länge der Stücke und die gleiche Holzart im Innern des Holzfußers garantiren, bei Vermeidung der im §. 8 angedrohten Confiscation.

Mehrseitig, insbesondere von den Herren Lüdcke, Räche, Fabricius und Barrentrapp wird es dringend befürwortet, dem Handel mit Brennmaterial, bei welchem auch der Steinkohlen gedacht werden möge, eine erneuerte Aufmerksamkeit zuzuwenden, um wo möglich zu erfolgreichen Resultaten zu gelangen. Herr Oberbürgermeister Caspari hält indessen das proponirte Ersuchungs-Schreiben an den Stadt-Magistrat für überflüssig, da von diesem noch lezthin bei Gelegenheit des Antrages des hiesigen Bürger-Vereins diese Sache in Erwägung gezogen sei, ohne wirksame Mittel zur Beseitigung der Betrügereien der Holz- und Torfverkäufer entdecken zu können: es müsse den Käufern überlassen bleiben, sich selbst vor Benachtheiligungen der Verkäufer möglichst zu schützen; die letztere an zu strenge Vorschriften zu binden, lasse außerdem deren Weggewöhnung von hier befürchten. In letzterem Punkte stimmt Herr Lissebon dem Herrn Vorredner bei.

Durch Stimmen-Mehrheit wird der §. 9 angenommen, dabei aber zugleich unter Berücksichtigung des Antrages des Herrn Jüdel beschloffen, den Stadt-Magistrat um fernerweite Prüfung dieser Sache und um Mittheilung etwaiger geeigneter Vorschläge zu ersuchen.

Zu dem §. 9 bringt Herr Jüdel noch einen Zusatz in Antrag, nach welchem die Marktmeister mit einem Normalhinten versehen sein und eine verlangte Nachmessung vornehmen sollen; Herr Lissebon wünscht, daß den Marktmeistern auch eine Anweisung über die Art und Weise des Messens von Getreide gegeben werde. Der Jüdel'sche Antrag findet dadurch Erledigung, daß Herr Häusler eine dem Antrage entsprechende Redactions-Änderung des §. 9 in Vorschlag bringt. Wegen des Vorschlages des Herrn Lissebon wird von der Versammlung ein desfalliges Ersuchungs-Schreiben an den Stadt-Magistrat beschloffen.

Die §§. 10 und 11 über die Strafen wegen unrichtig gemessener oder gewogener Marktwaare und wegen Störung und Hinderung des Handels über eine Marktwaare werden von der Versammlung ohne weitere Debatte angenommen.

Der §. 12 bestimmt Strafbarkeit und Entschädigungspflichtigkeit gegen den Verkäufer, der eine erkaufte Marktwaare anderweit verkauft. Mit einer dazu von dem Stadtmagistrate in Antrag gebrachten Modification wegen der Privatentschädigung erklärt die Commission sich einverstanden und wird mit dieser Modification der ganze Paragraph von der Versammlung angenommen.

Die Bestimmungen in den §§. 13 und 14 über das persönliche Verhalten der Marktbefucher und über die Verkaufsstellen auf den Marktplätzen erhalten durch Mehrheitsbeschluß die Zustimmung der Versammlung.

Zu dem §. 15 beantragt die Commission die Streichung einiger auf die Beschaffenheit der gebräuchlichen Kohlenbecken bezüglichen Worte und wird der Paragraph mit diesem Antrage von der Versammlung angenommen.

Der §. 16 bestimmt das Strafmaß für Uebertretungen der Vorschriften der Marktordnung und wird mit der von dem Stadtmagistrate auf Grund der revidirten Städteordnung beantragten Herabsetzung der höchsten Strafe von 20  $\text{fl}$  auf 10  $\text{fl}$  von der Versammlung angenommen.

Zwei von dem Stadt-Magistrate in Antrag gebrachte Zusatzparagraphen über die Verwendung der confiscirten Waaren und der Straf gelder und über die Aufhebung der früheren Bestimmungen über den Wochenmarkts-Verkehr erhalten ebenfalls die Zustimmung der Versammlung.

Nach Beendigung dieser Berathung über die Wochenmarkts-Ordnung trägt Herr Meyer auf Schluß der Sitzung an; der Antrag wird aber von der Versammlung abgelehnt; Herr Meyer verläßt ohne weitere Anfrage und Genehmigung das Versammlungs-Local.

II. In Uebereinstimmung mit dem Stadt-Magistrate, laut dessen Mittheilung vom 21. v. M., wird behuf Uebersiedelung der Corrigendin, unverehelichten Marie Elisabeth Bartels von hier, nach Amerika der übliche Beitrag von 22  $\text{fl}$  aus der Stadtcasse von der Versammlung bewilligt.

III. In einem andern Schreiben des Stadt-Magistrats vom 10. v. M. wird auf die Befürwortung des dirigirenden Lehrers Tunica die Bewilligung einer Remuneration von 12  $\text{fl}$  für den Gehülfslehrer, Candidaten Oberhey, wegen außerordentlicher Uebernahme von Schulstunden und einer Unterstützung im Betrage von 5  $\text{fl}$  für den hilfsbedürftigen Schul-Pedellen Steche aus der Bürgerschulcasse beantragt. Namens der Finanz-Commission erklärt sich Herr Wangelius für den Antrag und wird auch von der Versammlung die Bewilligung durch Mehrheits-Beschluß ausgesprochen.



IV. Endlich wird auf Antrag des Stadt-Magistrats vom 29. Januar d. J. dem Waarenmakler Blume hieselbst, für die Beaufsichtigung der Löschgeräthschaften die bisher gewährte Remuneration im Betrage von 36  $\text{R}$  auch für das verflossene Jahr aus der Stadtcasse von der Versammlung verwilligt.

V. Der Versammlung ist vom Stadt-Magistrate ein Entwurf statutarischer Bestimmungen über die Erhebung eines Anzugsgeldes und einer Gebühr für Ertheilung von Trauscheinen, unter Hinweisung auf den §. 11 des Gesetzes, das Wohnortsrecht der Landeseinwohner in polizeilicher Hinsicht betreffend, vom 23/31. Januar d. J. und auf den §. 10 des Gesetzes, die vor Eingehung der Ehe beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen betreffend, vom 22/31. desselben Monats vorgelegt, welcher in der Statuten-Commission vorberathen worden ist. Namens der letztern erstattet der Herr Vorsitzende der Versammlung Bericht und theilt mit, daß die Commission, abgesehen von einigen Modificationen geringerer Bedeutung, welche auch die Zustimmung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari erhalten, mit jenen Bestimmungen sich einverstanden erklärt habe und deren Annahme empfehlen könne.

Ueberschrift, Eingang und die in 7 Paragraphen enthaltenen Bestimmungen über die Erhebung eines Anzugsgeldes werden von dem Herrn Vorsitzenden unter Berücksichtigung der gedachten Modificationen verlesen und von der Versammlung durch Mehrheits-Beschluß angenommen.

Die in dem §. 8 seq. vorgeschlagene Gebühr für Ertheilung von Trauscheinen veranlaßt zunächst Herrn G. Kloss zu der Erklärung, daß er eine solche Gebühr nicht für wünschenswerth halte, weil dadurch die Verheirathungen nur noch mehr erschwert werden könnten, dagegen aber, falls es darauf abgesehen sei, der Stadtcasse eine neue Einnahme zuzuwenden, es für sehr angemessen erachte, wenn eine Hundesteuer eingeführt würde. Auch Herr Aronheim ist im Principe damit einverstanden, daß die Erhebung einer Trauscheins-Gebühr nicht empfehlenswerth sei. Dagegen äußert Herr Oberbürgermeister Caspari, daß auch auf dem Lande eine solche Gebühr althergebracht sei und auch in den Städten gerechtfertigt erscheine, daß übrigens die Hundesteuer mit jener Gebühr in keiner Verbindung stehe und ohne landesgesetzliche Bestimmung nicht erhoben werden dürfe und könne. Ein anderweites Bedenken gegen eine Trauscheins-Gebühr spricht Herr Steinmeyer aus, indem er darauf hinweist, daß aus der Einführung dieser Gebühr der höchstwünschenswerthen Abschaffung des kirchlichen Accidenzenwesens durch Firirung der kirchlichen Gebühren möglicher Weise ein Hinderniß erwachsen könnte.

Wegen vorgerückter Tageszeit und zum Zwecke weiterer Erwägung dieser Angelegenheit wird von der Versammlung die Trennung der statutarischen Bestimmungen über das Anzugsgeld von denen über die Trauscheins-Gebühr und die Aussetzung der Verathung über letztere beschlossen, um die Einführung des Anzugsgeldes nicht länger zu verzögern.

Beim Schlusse der Sitzung wird die Verlesung des Protocolls der nächsten Sitzung vorbehalten.

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 16. April 1852.

Die Sitzung wird um vier Uhr von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

In der Versammlung fehlen die Herren Steinmeyer und Voigt, welche ihr Nichterscheinen durch Abwesenheit von hier entschuldigt haben, und Herr Francke, welcher durch amtliche Geschäfte an der Theilnahme an den Verhandlungen verhindert ist.

In Uebereinstimmung mit der Versammlung wird von dem Herrn Vorsitzenden an erster Stelle der zweite Gegenstand der Tagesordnung:

die Veräußerung der zu Eisenbüttel belegenen von den hiesigen Lohgerbern benutzten städtischen Wassermühlen,

zur Berathung gestellt.

Herr Wankelius, als Referent der Finanz-Commission, verliest das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 12. v. Mts., in welchem der Zustimmung der Versammlung anheim gestellt wird:

»daß den hiesigen Lohgerbern zwei, zum Stadtvermögen gehörende, zu Eisenbüttel belegene, Vorke-Stoß-Mühlen und eine Loh-Mahl-Mühle im Wege des Vergleichs gegen Zahlung einer Summe von 1500  $\mathfrak{f}$  eigenthümlich überlassen werden.«

Auf Grund einer Abschätzung jener Mühlen durch den Stadt-Baumeister Kölsch und den Mühlenmeister Lochte hat der Stadt-Magistrat den Werth der Mühle auf 1954 $\frac{1}{2}$   $\mathfrak{f}$  berechnet, die Lohgerber haben sich vergleichsweise zur Zahlung einer Summe von 1500  $\mathfrak{f}$  erboten und der Stadt-Magistrat ist zu dem obigen Vorschlage veranlaßt, theils in Erwägung des Umstandes, daß das Eigenthum der Stadt an jenen Mühlen von den Lohgerbern bestritten werde und immerhin rechtlich nicht so unzweifelhaft erscheine, um, wenn ein Prozeß darüber entstehen würde, mit Sicherheit auf ein der Stadt günstiges richterliches Urtheil rechnen zu können, theils dadurch, daß eine anderweite vortheilhaftere Verwerthung nicht zu erwarten sei.

Die Finanz-Commission erklärt sich mit der Proposition des Stadt-Magistrats in ihrer Mehrheit einverstanden und empfiehlt der Versammlung die Annahme derselben.

Von Herrn Rädke wird in Bezug auf die Rechtsfrage über das Eigenthum der Stadt an jenen Mühlen die Ansicht ausgesprochen, daß dasselbe den Lohgerbern gegenüber im Rechtswege wohl zur Anerkennung zu bringen sein werde, wie denn auch der Stadt-Magistrat bei seiner Prüfung des Rechtsverhältnisses zu dem gleichen Resultate gelangt sei.

Herr Bieweg ist der Meinung, daß zur Entscheidung über die Annahme oder Nichtannahme des vom Stadt-Magistrate gemachten Vorschlags noch nicht die genügenden Anhaltspunkte vorhanden seien, da eines Theils noch genauer ermittelt werden müsse, welchen Werth die bei den Mühlen benutzte Wasserkraft habe, und andernteils auch die Rechtsfrage über das Eigenthums-Verhältniß einer näheren Prüfung zu unterwerfen sei. Er beantragt danach die Wahl einer Commission, welche in beider Beziehung zu einer weiteren strengen Vorprüfung dieser Angelegenheit schreite.

Herr Oberbürgermeister Caspari bezieht sich zur Motivirung des Vorschlages des Stadt-Magistrats insbesondere auf das Gutachten des Stadtbaumeisters Köllsch und des Mühlenmeisters Lichte. Beide halten die Ermittlung eines bestimmten Resultates rücksichtlich des Werths der Wasserkraft kaum möglich, da jene Mühlen in der Benutzung des zufließenden Wassers namentlich durch die herrschaftliche Mahlmühle sehr beschränkt seien. Sollte aber auch wirklich von der etwa zu wählenden Commission ein der Stadt günstigeres Ergebnis aufgefunden und ein höherer Werth der Mühlen festgestellt werden können, so komme es immer noch darauf an, ob eine solche höhere Verwerthung auf irgend eine Weise zu effectuiren sein werde. Bisher wenigstens sei außer von den Lohgerbern noch von Niemandem der Wunsch oder die Absicht zu erkennen gegeben, die Mühlen oder die bei denselben benutzbare Wasserkraft zu irgend welchem industriellen Zwecke zu verwenden, gleichwie auch zu den in hiesiger Stadt befindlichen Mühlen Käufer sich nicht gemeldet hätten.

Herr Kronheim, welcher übrigens bevortwortet, daß er als Rechtsconsulent der Lohgerber in dieser Angelegenheit, bei der demnächstigen Beschlußnahme der Versammlung seines Rotums sich enthalten werde, tritt dem Herrn Rädke mit der Erklärung entgegen, daß das Eigenthum an jenen Mühlen Seitens der Lohgerber sicher durch Verjährung erworben sein werde, und hebt hervor, daß es im vorliegenden Falle nach Ansicht der Lohgerber weniger um einen Verkauf und Kauf der Mühlen, als um einen Vergleich über dieselben sich handele.

Während die Herren Graß und Fiedel den Commissions-Antrag befürworten, der Letztere insbesondere aus der Rücksicht, daß die jetzige Einnahme der Stadt von den Mühlen im Betrage von jährlich 50  $\mathfrak{M}$  keine auf die Dauer gesicherte sei, die etwa zu wählende Commission zu zweifellosere Ermittlungen nicht gelangen und eventuell für eine vortheilhaftere Verwerthung der Mühlen es an Käufern mangeln werde, bleibt Herr Bieweg bei seinem obigen Antrage. Zu dessen Unterstützung führt derselbe ferner an, daß über die Benutzung des zufließenden Wassers bei den Eisenbüttler Mühlen gewiß eine bestimmte Regel sich gebildet haben werde, und danach sich die Menge des benutzbaren Wassers ermitteln und die Wasserkraft selbst abschätzen lasse. Dabei sei wohl zu berücksichtigen, daß gerade die Eisenbüttler Mühlen die nachhaltigste Wasserkraft gewährten und deshalb von größerer Wichtigkeit und höherer Bedeutung wären, als die Wassermühlen in hiesiger Stadt.



Mit dieser letztern Ausführung übereinstimmend schließt sich auch Herr Warrentrapp dem Antrage des Herrn Bieweg an.

Herr Häusler erhebt eine Erinnerung gegen die vom Stadt-Magistrate gemachte Werthsberechnung, indem er dafür hält, daß zur Feststellung des Werths der Mühlen für die Stadt die der letztern gegenwärtig von den Mühlen zufließenden jährlichen Abgaben nicht, wie geschehen, capitalisirt in Absatz hätten gebracht werden dürfen, wogegen Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt, daß die Absezung solcher Abgaben doch wohl nothwendig sei, um den effectiven Werth zu berechnen.

Herr Bieweg, der jene Erinnerung begründet hält, wiederholt schließlich, daß es sich hier um die Zahl der Cubikfuße Wassers handle, welche zum Mühlen-Betriebe benutzt werden könnten, und daß diese Zahl sich gewiß ermitteln lassen werde; er selbst möchte sich wohl erlauben, den vom Stadt-Magistrate berechneten Werth der Mühlen, 1954  $\frac{1}{2}$  „ $\text{fl}$ “, also fast 500 „ $\text{fl}$ “ mehr als die Pöhrgerber für die Mühlen zu zahlen.

Durch dieses Erbieten sieht Herr Wankelius in Uebereinstimmung mit den übrigen Commissions-Mitgliedern sich veranlaßt, den ihrerseits gestellten Antrag zurückzuziehen.

Bei der Abstimmung über den Biewegschen Antrag:

»auf Wahl einer Commission, welche ebensowohl das Rechtsverhältniß rücksichtlich des Eigenthums an den Mühlen näher prüfen und feststellen, als den Werth der Wasserkraft durch Berechnung der Quantität des durchfließenden Wassers und Vermessung des Gefälles möglichst genau ermitteln solle«,

wird derselbe durch Stimmenmehrheit angenommen.

In Betreff der Behandlung der Sache wird auf Veranlassung des Herrn Vorsitzenden von dem Herrn Bieweg angedeutet, daß über beide Fragepunkte gleichzeitig Bericht erstattet werden möge, obgleich es angemessen sein dürfte, daß zuerst die juristischen Mitglieder der Commission die Angelegenheit einer Prüfung unterzögen, weil das Resultat derselben möglicher Weise für die technischen Ermittlungen dienliche Richtpunkte ergeben werde.

Mit dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden, eine Commission zu wählen, die aus drei zur juristischen und aus drei zur technischen Prüfung geeigneten Mitgliedern bestehe, ist die Versammlung einverstanden und wählt durch Stimmenmehrheit die Herren Grotzian, Köpke, Häusler, Voigt, Bieweg und Warrentrapp, denen der Herr Vorsitzende eine so zeitige Erledigung, als die sorgfältige Prüfung dieser Angelegenheit gestatte, empfiehlt.

Für den folgenden Gegenstand der Tagesordnung:

»Berathung von Gesuchen um Verleihung des hiesigen Wohnortsrechts,« wird von der Versammlung der Uebergang zu einer vertraulichen Sitzung beliebt und daher die öffentliche Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

(Beilage zum 163. Stücke der Anzeigen.)

## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 13. Mai 1852.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet:

Die Entschuldigungen der in der Versammlung fehlenden Herren Meyer, Wie-  
weg, Aronheim und Lissebon werden als richtig und genügend erkannt.

Ohne sich entschuldigt zu haben, fehlt bei der heutigen Versammlung Herr  
Grund.

1) Durch zwei von dem Stadt-Magistrate in Abschrift mitgetheilte, von dem  
Herrn Grass verlesene abschlägige Bescheidungen auf Gesuche um Verleihung des  
hiesigen Wohnortsrechts, wird die Versammlung benachrichtigt, daß der Stadt-Magi-  
strat den das Wohnortsrecht den Supplicanten zusagenden Beschlüssen der Stadt-  
verordneten in den Sitzungen vom 6., beziehungsweise 16. v. Mts. nicht habe bei-  
treten können.

An diese beiden Mittheilungen knüpft Herr Rädle den Antrag, die Beschlüsse  
der Versammlung auch über die Gesuche um Verleihung des hiesigen Wohnortsrechts  
in die Veröffentlichung der Verhandlungen der Stadtverordneten mit aufzunehmen,  
und will gegen eine desfallsige Bemerkung des Herrn Grass insbesondere auch die-  
jenigen Beschlüsse der Stadtverordneten von einer solchen Veröffentlichung nicht aus-  
genommen wissen, welche mit den Beschlüssen des Stadt-Magistrats in diesen Sachen  
nicht übereinstimmen.

Gegen diesen Antrag überhaupt erklären sich die Herren Steinmeyer, Ober-  
bürgermeister Caspari und Fiedel, indem sie die Veröffentlichung solcher Beschlüsse  
ohne Mittheilung der Gründe, deswegen, weil dadurch zu unrichtigen Beurtheilungen  
im Publicum Veranlassung gegeben werde, nicht für angemessen und es im Allge-  
meinen für ungeeignet halten, Berathungen und Beschließungen aus vertraulichen Si-  
zungen öffentlich bekannt zu machen, zumal Gesuche um Verleihung des hiesigen  
Wohnortsrechts, die in vertraulichen Sitzungen verhandelt würden, selten ein allge-  
meinere Interesse darböten und nur dann etwa das Publicum interessieren möchten,  
wenn dasselbe zu erfahren Gelegenheit hätte, daß der Stadt-Magistrat und die Stadt-

verordneten nicht übereinstimmend gewesen seien. Herr Oberbürgermeister Caspari weist insbesondere noch darauf hin, daß eine solche Veröffentlichung der Städteordnung, die vertrauliche Sitzungen zulasse, nicht entspreche, daß nur bei öffentlichen Sitzungen eine Veröffentlichung der Verhandlungen statthaft sei und daß durch die Veröffentlichung der Beschlüsse über Wohnortsrechtsgesuche nichts weiter erreicht würde, als daß insbesondere da, wo die Beschlüsse des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten auseinander gehen, die leicht erregbare Unzufriedenheit des Publikums über den einen oder den andern Theil der städtischen Behörden ausgeschüttet werde, was gerade der Herr Antragsteller selbst für die Stadtverordneten früher dadurch zu vermeiden gewünscht habe, daß der Stadt-Magistrat nicht einmal die einzelnen Supplicanten durch seine Resolutionen von dem Resultate der Beratungen der Stadtverordneten, insofern dasselbe abweichend von dem Vorschlage des Stadt-Magistrats in einem zurückweisenden Beschlusse bestanden habe, in Kenntniß setzen möge. —

Die Herren Köpcke und Fabricius sind für den Räckeschen Antrag und meinen, daß es allerdings rathsam sei, die Gesuche um Verleihung des hiesigen Wohnortsrechts in vertraulichen Sitzungen zu berathen, um den Mitgliedern der Versammlung wegen ihrer offenen Meinungs-Außerung über die persönlichen Verhältnisse der Supplicanten keine Vorwürfe oder sonstige Unannehmlichkeiten zuzuziehen, daß aber der Veröffentlichung der Beschlüsse ein Bedenken nicht entgegengesetzt werden könne. — Von Herrn Räcké wird auch noch hervorgehoben, daß bei der Veröffentlichung der Beschlüsse über Wohnortsrechtsgesuche ohne Mittheilung der Gründe nach den Lectern von dem Publikum nicht gerade werde gefragt werden, weil sich dasselbe doch nicht für diese Angelegenheiten interessire. —

Bei der Abstimmung über den Antrag des Herrn Räcké wird derselbe gegen vier Stimmen verworfen.

2) Mit dem Schreiben des Stadt-Magistrats vom 30. September v. J. ist den Stadtverordneten ein Entwurf einer neuen Feuerordnung für die hiesige Stadt vorgelegt, welcher von der Commission für Statute, Reglements und Rechtsachen vorberathen worden und über welchen von dem Herrn Warrentropp, als Referenten jener Commission, der Versammlung Bericht erstattet wird.

Der Herr Vorsitzende hat zuvörderst bemerkt, daß er in Folge des in voriger Sitzung gefassten Beschlusses nach der Reihenfolge des Entwurfs nur diejenigen Paragraphen zur Verhandlung stellen werde, an welche die Commission oder ein anderes Mitglied der Versammlung Anträge anzuknüpfen habe.

Nach §. 1, welcher den Umfang der Gültigkeit der Feuerordnung bestimmt, empfiehlt die Commission als §. 2 einen Zusatzparagraphen, welcher bei Neubauten die Vorrichtung massiver Brandmauern gegen die Nachbarhäuser, insbesondere in einer Höhe vorschreibt, daß von solcher Mauer die eigene Dachhöhe um 2 Fuß überragt wird, und Abweichungen von diesen Bestimmungen nur unter Genehmigung einer hierzu besonders einzusetzenden und zu ermächtigenden Commission gestattet.

Die von dem Herrn Referenten auseinander gesetzten Motive der Vorschriften dieses Paragraphen erkennt Herr Grass vollkommen an, giebt aber anheim, ob nicht beischmätern Häusern, — für die Breite möge eine bestimmte Norm gesetzt werden, — die Vorrichtung einer Brandmauer nur an einer Seite genügen und zuzulassen sein werde, um nicht von dem Neubauenden ein zu großes Opfer von Raum zu fordern.

Herr Nieß fürchtet, daß durch die Vorschrift massiver Brandmauern das Bauen überhaupt werde erschwert werden, weil die Kosten namentlich im Vergleich mit Fachwänden, mit Lehmsteinen ausgefüllt, zuviel bedeutender sein würden, und Verzögerungen veranlaßt werden könnten, die unter Umständen, wo es auf möglichst rasche Schließung eines Hauses wesentlich ankomme, sehr nachtheilig werden möchten; außerdem sehe es nicht gut aus, wenn die Dächer von den Brandmauern überragt würden, und sei auch die Feuersgefahr in hiesiger Stadt immer nicht sehr groß gewesen.

Von Herrn Fabricius wird gewünscht, daß in dem Paragraphen Anhaltspunkte angegeben werden möchten, wann Ausnahmen von der Regel zuzulassen seien, wann z. B. nur eine Brandmauer genüge.

Die Herren Häusler und Voigt stimmen mit den Vorrednern nicht überein, weil nicht besser als durch hohe, starke, massive Brandmauern Brandunglück abgewendet werden könne und es nicht möglich sei, die einzelnen Fälle nur einigermaßen zu erschöpfen, in welchen ausnahmsweise von der Vorrichtung von Brandmauern abgesehen werden dürfe, weshalb es nicht zu empfehlen sei, in der Feuerordnung Ausnahmen zu specialisiren, vielmehr in dieser Beziehung dem verständigen, billigen Ermessen der gedachten Commission unbeschränkte Vollmacht überlassen werden müsse.

Auch Herr Oberbürgermeister Caspari erklärt sein Einverständniß mit dem Inhalte des Zusatzparagraphen, schlägt aber vor, über die Zusammensetzung einer solchen Commission schon jetzt Beschluß zu fassen, weil zwar einer ähnlichen Commission in einer neuen Baupolizei-Ordnung gedacht, die Vorlage der letztern sich jedoch noch verzögern werde.

Der Herr Vorsitzende und der Herr Referent versichern, daß die Commission nach den eingezogenen Erkundigungen sich überzeugt halten dürfe, daß die Vorrichtung der vorgeschriebenen Brandmauern so bedeutende Mehrkosten nicht verursachen werde, wenn solche nur nicht mit Wänden aus Fachwerk, mit Lehmsteinen ausgefüllt, die sich überhaupt nicht zu Trennungswänden zwischen zwei Häusern eigneten, in Vergleichung gestellt würden.

Der von der Commission in Antrag gebrachte Zusatzparagraph wird von der Versammlung durch große Mehrheit der Stimmen angenommen und verspricht der Herr Vorsitzende, zu veranlassen, daß am Schlusse der Berathung der Feuerordnung über die Zusammensetzung der in demselben erwähnten Commission der Versammlung ein Vorschlag werde gemacht werden.

In dem §. 2 des Entwurfs ist bei nicht massiven Umfangswänden deren Ausmauerung nur mit Mauer-, Barn- oder Lehmsteinen, nicht aber mit Holz, Dorf oder dergl. gestattet.

Gleichwohl sollen nach §. 3 die in alten Häusern noch vorhandenen Zaunwände einstweilen beibehalten werden dürfen.

Bretterschuppen und Bretterverschalungen der Häuser sind nach §. 4 nur mit besondrer polizeilicher Erlaubniß zulässig.

Die ähnlichen, jedoch nicht ganz so strengen Bestimmungen des §. 5 sind bei dem Zusatzparagraphen berücksichtigt und wird daher auf Antrag der Commission die Streichung des §. 5 des Entwurfs beschlossen.

Wenn zwischen zwei Häusern nur eine im gemeinschaftlichen Eigenthume beider Besitzer befindliche Trennungswand vorhanden ist, so soll eine solche nach §. 6 des Entwurfs bei Neubauten nicht wieder hergestellt werden, diese gemeinschaftliche Wand



vielmehr dem nicht bauenden Hauseigentümer verbleiben und dieser dem Neubauenden die Hälfte des Werths der neuen Wand nach der Taxe des Stadthaumeisters ersetzen.

Zu diesem §. bringt die Commission eine Aenderung rücksichtlich des Erfasses, der in der Hälfte des Werths nicht der »neuen«, sondern der »alten« — gemeinschaftlich gewesenen — Wand bestehen soll, und den Zusatz in Antrag: »falls er — der nicht bauende Hauseigentümer — nicht vorzieht, gleichfalls eine eigne massive Trennungsmauer zu ziehen.«

Herr Köpcke hält es nicht für nothwendig, daß bei dem Neubau eines Hauses, welches an der schon vorhandenen Brandmauer eines Nachbarn aufgeführt werde, neben der letztern noch eine zweite Brandmauer errichtet werde, will in einem solchen Falle den Neubauenden zur Erstattung der Hälfte der Kosten der vorhandenen Brandmauer an den Nachbar verpflichtet wissen und stellt einen darauf bezüglichen Antrag, welcher von Herrn Nieß unterstützt wird.

Herr Voigt erinnert gegen letztern Antrag, daß es im einzelnen Falle von der Stärke und Höhe der vorhandenen Brandmauer abhängen, in wie weit von der Regel des Zusatzparagraphen eine Ausnahme zu gestatten sei, und ist mit Herrn Häusler der Meinung, daß auch über die Zulassung einer solchen Ausnahme die betreffende Commission zu entscheiden haben und eintretenden Falls eine Einigung zwischen den beiden Nachbarn stattfinden werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Herrn Köpcke gegen vier Stimmen abgelehnt und der Commissions-Antrag von der Versammlung angenommen.

Der §. 7 des Entwurfs gebietet den gehörigen Verschluß der Oeffnungen in den Umfangsmauern und Wänden eines Hauses, welches ein nebenliegendes überragt, und soll nach einem Antrage der Commission durch die vorzuschreibende Anwendung von eisernen Klappen und bei Dachlukn von dicht schließenden Läden eine nähere Bestimmung erhalten.

Mit dem Antrage der Commission erklärt sich auch die Versammlung einverstanden, lehnt übrigens einen Antrag des Herrn Häusler, nach welchem der Zusatz: »Die Ränder des Daches des höhern Gebäudes sind mit einem feuerfesten Materiale zu bekleiden.« zu dem §. gemacht werden soll, ab.

Nach §. 8 dürfen die Dächer nur mit Metall, Steinen oder andern feuerfesten Stoffen gedeckt sein.

Nach §. 9 sollen Einrichtungen getroffen werden, um in der Nähe eines Schornsteins schnell auf das Dach gelangen zu können.

Der §. 10 des Entwurfs verbietet Dachlukn über Schornsteinen.

Die Commission beantragt den Zusatz: »sämmliche Dachlukn sind mit Fenstern oder Klappen zu versehen und dürfen nicht mit Stroh oder dergleichen verstopft werden.«

Mit diesem Zusatze nimmt die Versammlung den §. 10 an.

In dem §. 11 sind Dachrinnen von Holz verboten.

Während die vorstehenden Paragraphen von den Bauten im Aeußern handeln, folgt nunmehr eine Reihe von Paragraphen über Bauten im Innern.

Die Scheidewände sollen nach §. 12 nicht mit Holzwerk, Löss oder dergl. ausgefüllt werden; eine Ausmauerung mit Lehmsteinen, auch die Vorrichtung einzelner Bretterwände ist gestattet.

Zu diesem §. empfiehlt die Commission einen Zusatz des Inhalts: »die Balkenfache sind auszuwelleren und oberhalb mit einem Lehmstrich von angemessener Stärke zu überziehen,« mit welchem der §. 12, dessen Bestimmungen laut der auf Veranlassung einer Bemerkung des Herrn Fabricius commissiönsseitig gegebenen Erklärung nur auf Neubauten sich beziehen, von der Versammlung angenommen wird.

Wegen der einstweiligen Beibehaltung der Zaunwände im Innern der Gebäude kommt nach §. 13 die Vorschrift des §. 3 des Entwurfs zur Anwendung.

Rücksichtlich der Feuerstätten wird zunächst im §. 14 der Begriff festgestellt: unter dem Worte: »Feuerstätte« werden eben sowohl der Heerd, jeder Ort, an welchem Feuer zu häuslichen oder gewerblichen Zwecken unterhalten werden kann, als die dazugehörigen Schutzeinrichtungen verstanden.

Die Feuerherde sollen nach §. 15 in allen ihren Theilen nur aus unverbrennlichen Stoffen vorgerichtet werden.

Auf Balkenlagen dürfen nach §. 16 nur Heerde zu Zwecken des gewöhnlichen Lebens u. gesetzt werden.

Die Feuerungsfläche soll nach §. 17 durch ein starkes Mauerwerk von Barnsteinen von dem Holzwerke getrennt sein.

In allen Räumen, in welchen Feuerherde angelegt werden sollen, müssen nach §. 18 die Fußböden, Wände und Decken durch feuerfestes Material geschützt, beziehungsweise mit Steinen ausgemauert und überall mit Kalk oder Lehm überfest sein.

Im §. 19 ist die Entfernung der Feuerherde und Feuerzüge von Fachwerkwänden und Holzwerk überhaupt auf  $1\frac{1}{2}$  bis 3 Fuß bestimmt.

Ist ein solcher Zwischenraum nicht anzubringen, so müssen nach §. 20 Brandmauern gezogen werden.

Die Stärke solcher Brandmauern bestimmt der §. 21 auf 6 Zoll bis  $1\frac{1}{2}$  und 3 Fuß.

Der §. 22 enthält weitere Vorschriften über die Vorrichtung von Brandmauern und gestattet unter Umständen sogar deren Ausführung von Lehmsteinen, eine Bestimmung, die auf Antrag der Commission von der Versammlung aufgehoben wird.

Nach Vorschrift des §. 23 sollen über allen Heerden, nur die kleinen Sparrheerde ausgenommen, Rauchfänge oder Rauchmäntel ausgespannt sein.

Die Rauchfänge sind nach §. 24 von Barnsteinen vorzurichten, bei kleinern Feuerstätten allenfalls auch von Eisenblech gemacht, zulässig, und muß die Entfernung vom Holzwerke dort 3 Zoll, hier 8 Zoll betragen.

Die Commission beantragt, die erstere Entfernung auf 6 Zoll zu bestimmen und wird mit dieser Aenderung der §. 24 von der Versammlung angenommen.

Nach Feststellung des Begriffs von Rauchröhren im §. 25 enthält der §. 26 nähere Vorschriften über die Einrichtung derselben; sie sollen insbesondere mit Stellscheiben versehen sein, wobei die Commission den auch von der Versammlung angenommenen Zusatz in Vorschlag bringt: »sofern die Heerde oder Defen nicht dichtschießende Thüren haben;« sie müssen 6 Zoll von allem Holzwerke entfernt bleiben; sie dürfen nur in einer Höhe von 7 Fuß über einzelne besonders angezeichnete Hausräume fortgeleitet werden und in der Regel auf Höfe und Gärten nicht ausmünden.

Die Commission beantragt den Zusatz, daß die im Zusatzparagraphen gedachte Commission Ausnahmen zu gestatten befugt sein solle und wird dieser Antrag von der Versammlung genehmigt.

Der §. 27 unterscheidet weite und enge, s. g. russische Schornsteine.

Alle gemauerten Schornsteine sollen nach §. 28 von guten Barmsteinen vorge richtet werden.

Für das Ziehen oder Schleifen der Schornsteine sind nach §. 29 nähere Vor- schriften gegeben.

Schornsteine von Holz- und Zaunwerk sollen nach §. 30 gar nicht von Lehm- steinen, wo solche vorhanden, nur einstweilen geduldet werden.

Von der Commission wird der Zusatz in Antrag gebracht, die Anlegung freiste- hender eiserner Schornsteine von specieller Erlaubniß der mehr gedachten Commission abhängig zu machen, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

Der §. 31 des Entwurfs soll nach dem Vorschlage der Commission dahin abge- ändert werden, daß für die Entfernung allen Holzwerkes von den Schornsteinen ein Raum von 6 Zoll, statt 3 Zoll, bestimmt und vorgeschrieben werde, daß dieser Zwi- schenraum nicht leer bleiben, sondern in der Regel mit Steinen und Lehm ausgefüllt werden soll; die Versammlung genehmigt diese Aenderung.

Ebenso ist die Versammlung auf Antrag der Commission mit der Aenderung des §. 32 dahin: daß das Verfassen und Auffatteln der Schornsteine auf die Gebälke, die Röhren mögen gewöhnliche oder russische sein, bei Neubauten verboten sein soll, einverstanden.

Die Schornsteine sollen nach §. 33 nur auf einem Barmsteinpflaster von 12 Zoll Höhe über dem Gebälke aufgebaut werden.

Freistehende Schornsteine müssen nach §. 34 im Innern des Hauses bei 14 Fuß Höhe im äußern Durchschnitte mindestens  $1\frac{1}{2}$  Fuß im Durchmesser haben.

Der §. 35 handelt von dem sichern Verschuß der Oeffnungen in den Wangen der Schornsteine, von der feuerfesten Ausstattung des Raumes darunter und der Ent- fernung derselben von allem Holzwerke, nach dem Commissionsvorschlage auf 2 Fuß, nicht auf 3 Fuß Weite, und wird nach diesem Inhalte von der Versammlung ange- nommen.

Der §. 36 verlangt wenigstens bei engen Schornsteinen das Getrennthalten der einzelnen Röhren durch Zungen von 3 Zoll Stärke auch über dem Dache.

Die Schornsteine sollen nach §. 37 aus dem Forste mindestens noch einen Fuß hoch, aus andern Theilen des Daches mindestens 3 Fuß hervortreten.

Im Berücksichtigung benachbarter Häuser bestimmt der §. 38 noch einige andere Vorrichtungen für Schornsteine.

Weite Schornsteine zu häuslichen Zwecken sollen nach §. 39 im Lichten  $1\frac{1}{2}$  Fuß Quadrat weit und mit mindestens 3 Zoll starken Wangen vorgerichtet sein.

Statt des §. 40 des Entwurfs wird von der Commission folgende Bestimmung: Feuerungsanlagen zu gewerblichen Zwecken bedürfen der speciellen Geneh- migung des Stadtbaumeisters;

in Antrag gebracht und von der Versammlung angenommen.

Unten verschlossene weite Schornsteine sollen nach §. 41 am untern Ende mit einer mindestens 18 Zoll Quadrat weiten Oeffnung versehen sein.

Russische Schornsteine sollen nach §. 42 nicht weniger als 6 Zoll und nicht mehr als 10 Zoll Weite im Lichten haben; die Wangen sollen nicht unter 6 Zoll stark sein.

Der §. 43 gestattet auch bei engen Schornsteinröhren das Schleifen derselben,

nur daß die Abweichung von der horizontalen Linie einen Winkel von nicht mehr als 45 Grad bilden darf.

Zur Reinigung der russischen Röhren sind nach §. 44 angemessene gehörig verschließbare Oeffnungen an den Schornsteinen anzubringen.

Der §. 45 enthält eine Begriffsbestimmung für den »Kamin«, und wird auf Antrag der Commission dessen Streichung von der Versammlung beschlossen.

Minder strenge Bestimmungen als die frühern sind im §. 46 für Heiz- und Koch-Kamine zugelassen.

Die Thüren vor den Kaminen dürfen nach §. 47, sofern nur nicht der Heerd bis an die Thür reicht, von Holz, auf der innern Seite mit Eisenblech beschlagen, sein.

Der §. 48 enthält besondere Bestimmungen für Stubenöfen, der §. 49 für Koch- und Bratöfen.

Die Entfernung der Backöfen und Töpferöfen von gemeinschaftlichen Mauern soll nach §. 50 und 51 des Entwurfs 1 Fuß, nach dem angenommenen Vorschlage der Commission  $1\frac{1}{2}$  Fuß betragen.

Die Vorschriften des §. 52 des Entwurfs für Malzdarren sollen nach dem von der Versammlung angenommenen Antrage von der Commission auf die Bestimmung beschränkt werden:

Malzdarren dürfen nur nach, im Einzelnen und im Ganzen, von dem Stadtbaumeister genehmigten Plänen angelegt werden.«

Für Trockenstuben verlangt der §. 53 bei einer von der Commission von 25 auf 30° Reaumur bestimmten Hitze keine besondere Vorsichtsmaßregeln, nur daß das Holzwerk stark zu übersehen ist.

Rauchkammern sollen nach §. 54 ausgemauerte und mit Lehm oder Kalk übersekte Wände und mit Gips begoffene Fußböden haben.

Bei Anlage von Dampf-, Luft- und Wasserheizungen ist in dem §. 55 von der Commission die specielle Genehmigung des Stadtbaumeisters vorbehalten.

Zur Verhütung feuergefährlicher Bauten ist zunächst im §. 56 ein Recht zur Vorrichtung von Feuerstätten nur den beeidigten Maurermeistern und den concessionirten Ofensehern und Töpfermeistern zugestanden.

Jeder dieser Werkmeister ist durch den §. 57 verpflichtet, von der neuen Anlage oder von der Veränderung einer solchen Feuerstätte auf der Polizeistube Anzeige zu machen; unter Zuziehung des Stadtbaumeisters Seitens Herzogl. Polizei-Direction erfolgt eine Besichtigung, die Feststellung des Bauplans und eine spätere Revision, wofür von dem Bauherrn dem Stadtbaumeister eine Vergütung von 1 bis 2  $\text{R}$  zu zahlen ist; ein etwaiger Recurs an Herzogl. Bau-Direction ist in allen jenen Beziehungen dem Betheiligten offen erhalten.

Ferner werden durch §. 58 die Werkmeister angewiesen, bei der Ausführung von Feuerstätten-Anlagen nach dem genehmigten Plane genau zu verfahren, und der Stadtbaumeister hat nach §. 59 die Ausführung des Baues in feuerpolizeilicher Hinsicht zu überwachen.

Die Hauseigenthümer dürfen nach §. 60 bei solchen Anlagen nur der berechtigten Werkmeister sich bedienen und hat jeder Hausbesitzer oder dessen Vertreter dafür zu sorgen, daß die bestehenden Feuerstätten und deren Zubehörungen in guten Stand gesetzt und darin erhalten werden.



In dem §. 61 sind ausführlichere Vorschriften für das Reinigen der Schornsteine gegeben, insbesondere die dessfalligen Verpflichtungen der Schornsteinfeger näher festgestellt. In Bezug auf *N* 5 dieses Paragraphen bringt die Commission folgende Vorschrift an Stelle des Entwurfs in Antrag:

»Geräth ein Schornstein in Brand, so hat der Schornsteinfeger nicht allein den dadurch entstehenden Schaden zu ersetzen, sondern er verfällt auch in die im §. 123 angedrohte Polizeistraf, vorbehaltlich der criminalrechtlichen Strafbestimmungen, sofern er nicht nachweist, daß der Brand ohne sein und seiner Gehilfen Verschulden entstanden ist. Eine dritte Verurtheilung hat den Verlust seiner Concession stillschweigend zur Folge.«

Mit dieser Bestimmung wird, nachdem die Commission einen andern Antrag zu *N* 6 wegen des Schornsteinfeger-Lohns u. hat fallen lassen, der §. 61 von der Versammlung angenommen.

Hiernächst erfolgt der Schluß der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden und wird die Vorlesung des Protokolls der nächsten Sitzung vorbehalten.

## Sitzung am 25. Mai 1852.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Oesterreich eröffnet.

Die Herren Franke, Fabricius, Voigt, Meyer, Bieweg und Aronheim fehlen in der Versammlung und werden deren Entschuldigungen von der Letztern für genügend anerkannt; in gleich genügender Weise haben auch die Herren Grass und Wankelius ihr verspätetes Erscheinen im Sitzungslocale entschuldigt.

Das Protocoll der letzten Sitzung wird durch den Protocollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

I. Mit einem von dem Herrn Vorsitzenden verlesenen Schreiben des Stadt-Magistrats vom 20. d. Mts ist ein Gesuch von Bewohnern des August-Thor-Districts in Betreff der neuen Wochen-Markt-Ordnung übersandt, in welchem dieselben darauf antragen, es möge der Beschluß der Stadtverordneten, in deren Sitzung am 2. März d. S. dahin abgeändert werden, daß der für den Vegidien-Markt als Wochen-Markt-Tag bestimmte Dinstag jenem Stadttheile ausschließlich angehöre und daher an diesem Tage nicht zugleich auch auf dem Hagenmarkte ein Wochen-Markt stattfinden oder daß wenigstens, sollte dem Hagenmarkte den Dinstag als Wochen-Markttag zu nehmen bedenklich erscheinen, statt des Dinstags der Mittwoch als Wochen-Markttag für den Vegidienmarkt bestimmt werde. Der Stadt-Magistrat bezieht sich in seinem Schreiben auf seine früheren Vorschläge rücksichtlich der Vertheilung der Markttag, erkennt außerdem aber an, daß neben der Beibehaltung der bisher bestandenen Markttag auf dem Altstadt- und Hagen-Markte immerhin der Mittwoch ein dem Marktverkehr günstigerer Tag sei, als der Dinstag, und gibt deshalb der Versammlung anheim, dem Vegidien-Markte statt des Dinstags und Sonnabends den Mittwoch und Sonnabend als Markttag zuzuweisen, um wenigstens noch in dieser

Beziehung dem erwarteten Gedeihen eines Marktverkehrs auf jenem Plage förderlich zu sein.

Der Herr Vorsitzende stellt diese Angelegenheit, ohne solche der betreffenden Commission zur Vorberathung zu überweisen, da hiezu nach den früheren Verhandlungen eine genügende Veranlassung nicht vorliege, die Commission vielmehr im Sinne ihrer früheren Referate, nur für Gewährung des Antrags sich würde haben aussprechen können, zur sofortigen Berathung und wird auch in der Versammlung Widerspruch dagegen nicht erhoben.

Zuerst ergreift Herr Steinmeyer das Wort und erklärt sich gegen die Abänderung des in dieser Versammlung früher gefaßten Beschlusses, indem er eine gleiche Rücksicht, welche für den Hagenmarkt durch die Erhaltung des Dinstags als dritten Wochenmarkt-Tages beobachtet sei, für den Altstadtmarkt insoweit in Anspruch nimmt, daß nicht zugleich noch auf dem Regidienmarke am Mittwoch ein Marktverkehr zugelassen werde.

Herr Kellner vertritt das Gesuch der Bewohner des Augustthor-Districts und hebt insbesondere den Gesichtspunct hervor, daß die Abhaltung eines Wochenmarkts auf dem Hagenmarke am Dinstage das Entstehen eines gleichen Markts auf dem Regidienmarke an demselben Tage ganz gewiß hindern werde, während der Mittwoch eher schon die Concurrnz mit dem Wochenmarke auf dem Altstadtmarke aushalten könne, und daß, wenn einmal ein Versuch gemacht werden solle, im Augustthor-Districte einen Wochenmarkt zu begründen, zu solchem Zwecke, solle der Versuch nicht von vorn herein unfruchtbar erscheinen, auch geschehen müsse, was irgend möglich und zulässig sei.

Durch die Abstimmung wird der frühere Beschluß der Stadtverordneten durch Stimmenmehrheit dahin abgeändert, daß unter Beibehaltung der bisherigen Markt-tage für die Altstadt- und Hagenmarkt dem Regidienmarke statt des Dinstags und Sonnabends der Mittwoch und Sonnabend als Markttag gegeben wird.

II. In der Feuerordnung, über welche Herr Barrentrapp als Commissions-Referent weitem Bericht erstattet, folgt eine Reihe von Paragraphen, welche Bestimmungen wegen vorsichtigen Gebrauchs von Feuer und Licht enthalten.

Der allgemeinen Verpflichtung aller Hausbewohner, zur Verhütung von Feuer-gefahr jede mögliche Vorsicht anzuwenden, ist in dem §. 62 gedacht.

Der §. 63 gebietet jedem Familienhaupte das Halten einer gut geschlossenen und verwahrten Laterne.

Nach §. 64 ist alle grobe Flachsarbeit bei Licht und selbst bei Laternen verboten.

Mit offenem Lichte und glühenden Kohlen soll nach §. 65 nicht auf der Straße, dem Hofe, in Vorrathskammern und ähnlichen Räumen umhergegangen oder sonst verkehrt werden.

Der Gebrauch der f. g. Huchtelköpfe ist nach §. 66 nur an ganz ungefährlichen Orten gestattet.

Der §. 67 handelt zunächst von der Aufbewahrung glühender Kohlen und Asche und schreibt ferner vor, daß auch andere Kohlen und Asche insbesondere nicht auf die Böden gebracht werden sollen; dieses letztere Verbot will die Commission auf Asche beschränkt wissen, da für ungebrauchte Kohlen selbst ein Boden ein ungefährlicher Aufbewahrungsort sei. Der auf desfallsige Abänderung des §. 67 gerichtete Antrag wird von der Versammlung angenommen.

In dem ersten Absätze des §. 68, in welchem von der Aufbewahrung größerer Quantitäten von Pech, Schwefel und ähnlichen Gegenständen des gewerblichen Verkehrs die Rede ist, wird auf Antrag des Herrn Steinmeyer der Bezeichnung des Lagerorts: »entfernt liegende Niederlagen, wohin man mit Feuer und Licht wenig kommt«, die kurze Bezeichnung: »abgesonderte Niederlagen« unterzustellen von der Versammlung beschlossen.

Die Bestimmung des zweiten Absatzes: »in aufgeschütteten Stein- und Braunkohlen-Haufen sollen senkrechte Kanäle aus Faschinen oder hölzernen Brettern mit durchbohrten Wänden angelegt werden, um die Selbstentzündung zu verhüten.« wird auf Antrag der Commission von der Versammlung durch Mehrheitsbeschluß aufgehoben.

Der dritte Absatz verbietet insbesondere, außer einigen andern Gegenständen, auch die Anhäufung von Torf, Leder und Lohe in feuchtem Zustande, ein Verbot, welches nach Ansicht der Commission für die genannten Artikel nicht dringend und auch nicht durchführbar sei, weshalb dieselbe anheimgiebt, jene Worte zu streichen; die Versammlung ist mit diesem Antrage einverstanden.

In dem §. 69 sind mehrere leicht feuerfängende Sachen aufgezählt, die von den Feuerstellen weit entfernt aufbewahrt werden sollen, als Garn, Flachs und dergl., Stroh, Heu und dergl., auch Bretter und Holz. In Bezug auf die letztern beiden Artikel hält die Commission jene Bestimmung für zu streng und trägt deshalb auf Streichung der beiden Worte: »Bretter und Holz« an, womit die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß ihre Uebereinstimmung ausdrückt.

Holz und Waffen sollen nach §. 70 nicht vor die Ofenlöcher und in die Kamine gelegt werden, auch aus den Dafen nicht hervorragen.

Speck, Schinken, Würste u. dgl. sollen laut §. 71 nicht in den Schornsteinen geräuchert werden.

Der §. 72 enthält Bestimmungen über Aufbewahrung und Verkauf von Schießpulver.

Bei der Bereitung von Lack, Firniß und dergl. sind in dem §. 73 bestimmte Vorsichtsmaßregeln rücksichtlich des Orts und der Gefäße vorgeschrieben, wofür von der Commission nur eine anderweite, von der Versammlung auch angenommene Fassung in Antrag gebracht wird.

Der §. 74 lautet: »die Bötticher dürfen das Verpichen von Gebinden, sowie das Erwärmen der großen Büdden und Fässer ohne specielle polizeiliche Erlaubniß nie auf den Gassen, in den Höfen aber nur bei stiller Luft vornehmen,« und veranlaßt eine weitläufigere Debatte.

Die Commission beantragt, die Vornahme solcher Arbeiten auf den Straßen und in den Höfen ganz zu verbieten und nur auf freien Plätzen vor der Stadt zu gestatten, weil ersteres theils der straßenpolizeilichen Ordnung entgegen, theils, nämlich in den Höfen, zu gefährlich sei.

Von anderen Seiten, durch die Herren Oberbürgermeister Caspari, Nieß und G. Kloss, wird gegen den Commissions-Antrag geltend gemacht, daß durch die vorgeschlagene Bestimmung die Bötticher in ihrer gewerblichen Thätigkeit zu sehr benachtheiligt würden, da solche große Gefäße schwer zu transportiren seien, mancherlei Geräthschaften mitgenommen werden müßten und überhaupt Zeit verloren

gehe, ohne daß für die Forderung solcher Opfer eine dringende Nothwendigkeit vorliege.

Herr Steinmeyer hält es für ausreichend, wenn ausgesprochen werde, daß jene Arbeiten auf der Straße in der Regel nicht sollen vorgenommen werden dürfen, stellt daneben aber den Antrag, daß die Vorschrift des §. 74 dahin näher bestimmt werden möge, daß in den Höfen die Vornahme jener Arbeiten gestattet werde, wenn die Höfe vorher besichtigt und deren Räumlichkeiten und Umgebungen in feuerpolizeilicher Hinsicht ungefährlich befunden worden.

Nachdem die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt hat, ein unbedingtes Verbot der Benutzung der Straßen zu obgedachtem Zwecke auszusprechen, nimmt dieselbe den Antrag des Herrn Steinmeyer an.

Ein dazu gestellter Unterantrag des Herrn Lissebon, den Böttchern vorzuschreiben, ihre Höfe, um die Benutzung der Straßen unnöthig zu machen, in feuerpolizeilicher Hinsicht zur Vornahme jener Arbeiten geeignet einzurichten, wenn solches irgend thunlich sei, erhält nach der Bemerkung des Herrn Steinmeyer, daß in einem solchen Falle die vorbehaltene ausnahmsweise Benutzung der Straße nicht werde zu gestatten sein, nicht die erforderliche Stimmenmehrheit.

Der §. 75 verpflichtet die Brantweinbrenner und Laboranten zur Anwendung der äußersten Vorsicht und Aufmerksamkeit auf Feuer und Licht bei ihren Geschäften, ohne ein specielles Gebot oder Verbot zu enthalten; die von der Commission beantragte Streichung dieses Paragraphen wird von der Versammlung genehmigt.

Nach §. 76 sollen die Tischler bei der Anwendung brennender Hobelspäne zu ihren Gewerksarbeiten eiserne Blechpfannen gebrauchen.

Die Anlegung von Dimmen innerhalb der Stadt ist durch §. 77 verboten.

Der §. 78 verbietet das Taback- und Cigarren-Rauchen auf Wirthschaftshöfen, in Waarenlagern u. dergl. und überhaupt bei der Handthierung mit leicht entzündlichen Materialien und wird mit einigen von der Commission vorgeschlagenen Redactions-Änderungen angenommen.

Der Gebrauch von Pechfackeln auf den Straßen setzt nach §. 79 besondere polizeiliche Erlaubniß voraus.

Die beiden folgenden §§. 80 und 81 über den Gebrauch hölzerner Feuerzeuge und über das Verschließen der Kellerlöcher u. mit Stroh oder Mist sollen nach einem von der Versammlung angenommenen Antrage der Commission gestrichen werden.

Von Herrn Grottrian wird beantragt, die vorstehenden Bestimmungen noch durch eine andere zu vervollständigen, dahin gehend, daß Jedermann verpflichtet sei, die benutzten Stubenöfen rechtzeitig reinigen zu lassen; Herr Lissebon unterstützt diesen Antrag und bezieht diese Bestimmung namentlich auch auf die aus den Defen in die Schornsteine führenden Röhren; von der Versammlung wird der Antrag durch Mehrheitsbeschluß angenommen.

Endlich wird auf eine desfallsige Anregung der Commission von der Versammlung beschlossen, den Stadt-Magistrat zu ersuchen, bei der Landesregierung zu beantragen, daß ein Gesetz gegeben werde, durch welches, wie schon in andern Ländern geschehen, die Anlage von Dampfkesseln bestimmten Vorschriften unterworfen werde.

Nach Erledigung der obigen Punkte wird die Sitzung unter Vorbehalt der Verlesung des Protocolls in der nächsten Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden geschlossen.



## Sitzung am 17. Juni 1852.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet, das Protokoll der letzten Sitzung von dem Protokollführer verlesen und von der Versammlung genehmigt.

Mit genügender Entschuldigung sind abwesend die Herren Voigt, Südel, Meyer, Grund, Fabricius, Häusler, Röpke, Räche und Steinmeyer; die letzten drei Herren haben ihr späteres Erscheinen in Aussicht gestellt.

I. Bei Mittheilung eines Schreibens der Herzogl. Polizei-Direction hieselbst beantragt der Stadt-Magistrat die Verwilligung einer Summe von 29  $\mathfrak{f}$  aus der Stadtcasse, um die Uebersiedelung des Schuhmachergesellen August Alberts von hier nach Amerika möglich zu machen, da dessen bisheriger Lebenswandel dessen Entfernung aus hiesiger Stadt wünschenswerth erscheinen lasse; die Versammlung erklärt sich durch Mehrheitsbeschluß für die Verwilligung jener Summe aus der Stadtcasse zu dem angegebenen Zwecke.

II. Ein von dem Referenten der Finanz-Commission, Herrn Wankeliuß, verlesenes Schreiben des Stadt-Magistrats vom 11. d. Mts. proponirt einen anderweiten Plan zur Beseitigung des Gebäudes, die »Stadt Hamburg«, und zur Herstellung eines freien Platzes zwischen der Steinsraße und der Südstraße, nachdem die Ausführung eines frühern zwischen dem Stadt-Magistrate und den Stadtverordneten in einer nicht öffentlichen Sitzung der Letztern vereinbarten Planes gescheitert ist. Unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten und der Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministerium sind von dem Stadt-Magistrate Verträge mit den jetzigen Besitzern der »Stadt Hamburg« und mit dem Maurermeister Götter und dem Zimmermeister Hermann hieselbst abgeschlossen. Nach dem erstern Verträge erkaufte die hiesige Stadt das mehrgedachte Gebäude für die Summe von 5000  $\mathfrak{f}$  in Golde und gegen Uebernahme der Verpflichtung, die Verkäufer von der Hypothekforderung des Herzogl. Leihhauses nebst Zinsen und Kosten zu befreien, und das Kaufgeld nach der von den Verkäufern durchzuführenden Emission der gegenwärtigen Miether zu bezahlen. Inhalts des zweiten Vertrags mit Götter und Hermann überläßt die hiesige Stadt diesen beiden Personen das Roßmühlengebäude und das städtische Spritzenhaus am Bruchthore, so wie die Materialien der von den Käufern abzubrechenden »Stadt Hamburg« unter weitem Bedingungen für die Kaufsumme von 5000  $\mathfrak{f}$  in Golde, unter Zusicherung der Concession zum Betriebe einer Gastwirthschaft in dem an der Stelle des Roßmühlengebäudes und des Spritzenhauses neu zu erbauenden Hause, an dem demnächstigen Besitzer dieses Hauses, vorausgesetzt, daß gegen dessen Persönlichkeit und Zahlungsfähigkeit keine Bedenken eintreten. — Eine Vorstellung der hiesigen Gastwirth gegen die letztgedachte Zusicherung jener Concession glaubt der

Stadt-Magistrat unter den obwaltenden Umständen nicht berücksichtigen zu können. — Nach weiterer Motivirung dieses Plans in seinen wesentlichsten Theilen beantragt der Stadt-Magistrat die Zustimmung der Versammlung zu folgenden Hauptpunkten:

- 1) zu dem Abschlusse jener beiden Verträge, unter der Voraussetzung, daß die Herzogl. Landesregierung die Hälfte des Leihhaus-Capitals nebst Zinsen und Kosten übernimmt;
- 2) zur Anleihe eines Capitals von 5000  $\mathfrak{R}$  Gold, behuf Berichtigung der Kaufgelder, auf den Credit der Stadt gegen möglichst billige Verzinsung und Bestellung einer Hypothek bis Michaelis k. J.;
- 3) dazu, daß der Stadt-Magistrat bei Herzogl. Staatsministerium zu erwirken suche, daß auf den dem Herzogl. Leihhause von der Stadt zu berichtigenden Capitalbetrag alljährlich ein Dritttheil und im nächsten Jahre das erste Dritttheil abgetragen, bis zur Bezahlung aber zu einem möglichst billigen Zinsfuße verzinst und darüber eine Schuld- und Pfandverschreibung ausgestellt werde.

Von der Versammlung wird auf den empfehlenden Vortrag der Finanz-Commission nach kurzer Debatte die beantragte Zustimmung zu den obigen Punkten ertheilt, jedoch zu  $\mathfrak{N}$  1 außerdem noch beschlossen, daß der Stadt-Magistrat das Herzogliche Staats-Ministerium ersuchen möge, daß die Verzinsung des Capitals der 5000  $\mathfrak{R}$  in Golde, welche bis Johannis k. J. den beiden Käufern Götter und Hermann contractlich ohne Zinszahlung creditirt worden, und die Lasten, welche der hiesigen Stadt durch die eigenthümliche Uebernahme der »Stadt Hamburg« von Johannis d. J. an erwachsen würden, ebenfalls zu gleichen Theilen von der Herzogl. Landesregierung und der hiesigen Stadt übernommen und getragen werden; — im Uebrigen hält die Versammlung die von den mehrgenannten Käufern wegen der Erfüllung der von diesen contractlich übernommenen Verbindlichkeiten angebotene Sicherheit durch Bestellung einer Generalhypothek mit ihrem Vermögen und einer Specialhypothek mit den erkauften Gegenständen und den zu erbauenden Gebäuden für genügend.

III. Das hiesige Local-Comité, behuf der hier stattgefundenen Versammlung deutscher Architekten und Ingenieure hat in einem Gesuche, welches von dem Stadt-Magistrate mittelst Schreibens vom 11. d. Mts. mitgetheilt und befürwortet wird, um einen Zuschuß zu den entstandenen Kosten aus der Stadtcasse, im Betrage von 200  $\mathfrak{R}$  gebeten. In der Finanz-Commission ist nach dem Vortrage des Herrn Wanzelius eine Uebereinstimmung und bei Gleichheit der Stimmen auch ein Majoritätsbeschuß nicht zu Stande gekommen.

Herr Wanzelius erklärt sich gegen die Verwilligung eines solchen Zuschusses aus der Stadtcasse, hauptsächlich aus Rücksicht auf die nicht zu günstige finanzielle Lage dieser Casse, Herr Helfft hält dagegen, durch die Sache selbst die Gewährung des Gesuches für gerechtfertigt.

Auf den Wunsch des Herrn Helfft wird von dem Herrn Vorsitzenden das Gesuch des Comitée verlesen, und hiernächst mit Herrn Helfft von den Herren Röpfe, Wieweg und Räche die Verwilligung des erbetenen Zuschusses empfohlen, da durch die Zusammenkunft deutscher Architekten und Ingenieure in hiesiger Stadt ein guter Zweck: Kunst und Wissenschaft gefördert sei und die Stadt eine Ehre darin setzen dürfe, daß Versammlungen zu solchen Zwecken hier veranstaltet

würden, weshalb Anstandsücksichten und der eigne Vortheil der Stadt eine billige Unterstützung auch durch städtische Geldmittel geböten.

Herr Niez erklärt sich gegen eine solche Ausgabe aus der Stadtcasse, weil die mit der Versammlung der Architekten und Ingenieure in hiesiger Stadt verbunden gewesen Festslichkeiten den hiesigen Bürgern nicht allgemein zugänglich gewesen seien.

Herr Oberbürgermeister Caspari vertritt den Antrag des Stadt-Magistrats insbesondere noch durch Hinweisung darauf, daß die Vereinigung der deutschen Architekten schon manchen Nutzen gestiftet habe, ihr mittelbar auch die Herstellung des Altstadtrathhauses und die künftige Erhaltung interessanter Baulichkeiten der Vorzeit zu verdanken sein werde, und daß zur Förderung solcher und ähnlicher Zwecke von andern in ihren Vermögensverhältnissen nicht besser gestellten Städten, beispielsweise von Düsseldorf, ganz bedeutende Verwendungen gemacht würden.

Endlich erklärt auch Herr Uhde mit der Verwilligung des erbetenen Zuschusses sich einverstanden, stellt nur dahin, ob es nicht vermieden werden könnte, daß aus Versammlungen zu Zwecken der Kunst und Wissenschaft diesen fremdartige mit nicht geringen Kosten verbundene Volksfeste entsänden, und hält es überhaupt für angemessener, daß bei solchen Veranlassungen vorher unter Angabe der Verwendung um dergleichen Unterstüzungen angehalten würde.

Bei der Abstimmung wird durch Mehrheitsbeschluß ein Zuschuß im Betrage von 200  $\text{fl}$  aus der Stadt-Casse bewilligt.

IV. Abweichend von der Tagesordnung wird unter Genehmigung der Versammlung von Herrn Grass als Referenten der betreffenden Commission, Bericht erstattet über zwei Gesuche um Verleihung des hiesigen Wohnortsrechts.

Nach Erledigung dieser Angelegenheiten wird wegen vorgerückter Tageszeit nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls die Sitzung von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.

## Sitzung am 24. Juni 1852.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet.

Die Herren Fudel, Fabricius, Meyer, Kellner, Grund, Bieweg und Röpkke fehlen in der Versammlung; ihre Entschuldigungen werden für genügend erachtet; Herr Röpkke hat übrigens sein späteres Erscheinen zur Sitzung in Aussicht gestellt; — Herr Kronheim fehlt ohne Entschuldigung.

Nach Verlesung zweier Mittheilungen des Stadt-Magistrats, eine auf ein Rescript des Herzogl. Staats-Ministeriums sich gründende abschlägige Bescheidung auf ein weiter verfolgtes Gesuch um Verleihung des hiesigen Wohnortsrechts und die Wahl zweier Stadtverordneten zur Theilnahme an dem bevorstehenden Militair-Aushebungs-Geschäfte betreffend, wird zur Tagesordnung übergegangen, jedoch die Verhandlung über die Gesuche um Verleihung des hiesigen Wohnortsrechts auf desfallsigen Beschluß der Versammlung in nicht öffentlicher Sitzung vorgenommen.

Die Fortsetzung der Berathung über die Feuerordnung bildet den zweiten Gegenstand der Tages-Ordnung; in Bezug auf diese Verhandlungen wird die Sitzung für eine öffentliche erklärt.

Zuvörderst wünscht Herr Wankelius die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den §. 68 des Entwurfs und trägt, nachdem dieselbe von der Versammlung zugelassen worden, darauf an, für die im ersten Absätze jenes Paragraphen aufgeführten Artikel: »Del, Thran und Spiritus« die Vorschrift wegen der Aufbewahrung derselben in abgesonderten Niederlagen im Interesse des geschäftlichen Verkehrs der Handel- und Gewerbetreibenden, zumal die Aufbewahrung jener Artikel und der davon geleerten Tonnen auch in andern Räumen keine erhebliche Feuergefährlichkeit begründe, fallen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Caspari giebt zu, daß vielleicht die Artikel Del und Thran keine allzugroße Besorgniß einer leichten Entzündbarkeit einflößen, hält aber dafür, daß die vorgeschriebene abgesonderte Aufbewahrung von Spiritus in größern Quantitäten eine in Rücksicht auf das allgemeine Interesse des Publikums gebotene Bestimmung sei und deshalb aufrecht erhalten werden müsse.

Namens der Commission giebt deren Referent, Herr Warrentrapp, der Versammlung anheim, den ersten Absatz des §. 68 auf folgende Bestimmung zurückzuführen.

»Terpentinöl und Spiritus in größern Quantitäten sollen nur in Kellern oder abgesonderten Niederlagen aufbewahrt werden;«  
und erklärt sich die Versammlung durch Mehrheitsbeschluß mit diesem Vorschlage einverstanden.

Der folgende zweite Abschnitt der Feuer-Ordnung handelt von Leistung schleuniger Hülfe bei entstandenem Feuer.



Bestimmungen wegen der Erhaltung der Brunnen, sowohl auf den Gassen, als in den Häusern, wegen der Tränken, öffentlichen und Privat-Wasser-Treppen und Füllen sind in die §.§. 82 und 83 aufgenommen.

Strenge Ahndung jeder vorsächlichen Beschädigung der Wasserlünste ist im §. 84 besonders angedeutet.

Bei Frost sollen nach §. 85 vor den öffentlichen Tränken und Wassertreppen Baken gehauen und offen erhalten werden.

Die Bestimmung des §. 86 wegen der Verpflichtung der Müller beim Froste soll nach dem Vorschlage der Commission, der auch von der Versammlung angenommen ist, die allgemeine Fassung erhalten, daß die Müller überhaupt den Anordnungen der Polizeibehörde wegen Erhaltung eines gehörigen Wasserstandes Folge zu leisten verpflichtet sind.

Bei heißen Tagen und dürerer Zeit soll nach §. 87 in den Wasserbehältern vor den Wasserpfosten Tag und Nacht ein Vorrath an Wasser gehalten werden, auch die Hausbesitzer sollen auf Aufforderung der Polizei verpflichtet sein, Wasservorräthe in Bereitschaft zu halten, und im Winter dafür sorgen, daß das Wasser nicht gefriert. — Diese Verpflichtung der Hausbesitzer hält die Commission für unangemessen und trägt deshalb auf deren Beseitigung an, die denn auch durch Beschluß der Versammlung ausgesprochen wird.

Durch §. 88 ist den Kirchenvorständen die Bereithaltung von Wasservorräthen und Feuergeräthen, namentlich Handfeuerspritzen auf den Kirchenböden zur Vorschrift gemacht.

Die gehörige Beaufsichtigung der Löschgeräthschaften ist durch §. 89 geordnet.

Ein Jeder, der irgendwo eine Feuergefährdung entdeckt, soll nach §. 90 sofort Lärm machen und um Hülfe rufen.

Insbondere sind nach §. 91 die Nachtwächter verpflichtet, die üblichen Lärmzeichen zu geben.

Andere Lärmzeichen werden nach ausgebrochenem Feuer durch Sturmläuten Seitens der Dpferleute und durch Blasen und Trommeln Seitens der Bürgerwehr kund gegeben (§. 92); — dem Herrn Röpkke wird ein Antrag zu diesem Paragraphen rücksichtlich der Thätigkeit der Bürgerwehr für die Berathung des §. 100 vorbehalten.

In der Gegend des Feuers sind nach §. 93 zur Nachtzeit die Straßen durch die Straßenlaternen und die Hausbesitzer zu erhellen.

Zur Bekämpfung eines ausgebrochenen Feuers ist nach §. 94 jeder Stadtbewohner im Falle der Noth verpflichtet, sonst aber eine desfallige Mitwirkung nur dem gestattet, der als Mitglied des Lösch- oder Rettungs-Vereines oder durch seine dienstliche Stellung dazu berufen ist.

Müßigen Zuschauern ist nach §. 95 das Verweilen an der Brandstelle verboten.

Rücksichtlich der Thätigkeit der Mitglieder des Lösch- und Rettungs-Vereines ist im §. 96 auf die besondern Reglements verwiesen.

Der §. 97 enthält nähere Bestimmungen über die Hülfeleistungen verschiedener Gewerke, namentlich der Dachdecker, Zimmerleute, Maurer und Schornsteinfeger bei einem Feuer; ihr Nichterscheinen soll, nach einer von der Commission vorgeschlagenen und von der Versammlung angenommenen Modification des Schlusssatzes, nur durch vorgerücktes Alter und körperliche Schwäche, sowie durch Abwesenheit aus der Stadt als entschuldigt angenommen werden.

Die Verpflichtung der aus der Stadtcasse bezahlten Feuerlöschungsgehilfen — §. 98 — und der Polizei-Beamten — §. 99 — ist durch besondere Instructionen näher bestimmt.

Die Thätigkeit der Bürgerwehr wird nach §. 100 theils zur Absperrung der Straßen, theils zur Bewachung der geretteten Sachen in Anspruch genommen.

Von Herrn Röpcke wird auf die Streichung dieses Paragraphen angetragen: die Bürgerwehr werde wahrscheinlich nicht gar lange mehr bestehen und sei es in dieser Voraussetzung formell nicht passend der Bürgerwehr in dieser auf dauernde Geltung berechneten Feuerordnung zu erwähnen; sollte aber auch eine Bürgerwehr bestehen bleiben, so sei doch eine solche zum Dienste bei ausgebrochenem Feuer nicht recht brauchbar und werde durch das Militair viel kräftiger vertreten.

Herr Overbürgermeister Caspari: Zur Zeit bestehe die Bürgerwehr noch und müsse dieselbe um so mehr verpflichtet gehalten werden, den Feuerdienst ferner zu übernehmen, als das hier garnisonirende Militair gegenwärtig von der desfallsigen Dienstleistung ausgeschlossen worden. Ehe hierin nicht eine Aenderung von der Herzoglichen Landes-Regierung verfügt sei, werde die etwaige Beseitigung des §. 100 ohne Erfolg sein, wenn auch nicht ohne Grund behauptet werden dürfe, daß das Militair rascher an Ort und Stelle sich eindenken und eine nachdrücklichere Abwehr der müßigen Zuschauer bei einem Feuer ausüben könne.

Die Herren Nies und S. Kloss sind der Meinung, daß der Bürgerwehr der Feuerdienst ganz zweckmäßig übertragen sei und derselben auch bleiben müsse, und glauben, daß dieselbe durch zeitiges Erscheinen am Orte des Feuers und durch ihre Dienstverrichtungen bei dem Feuer ihrer Verpflichtung genügend nachgekommen sei, und nach fernerer Ausbildung noch besser nachkommen werde.

Den Herren Räche, Grotian und Helfft erscheinen die Dienstleistungen der Bürgerwehr bei einem ausgebrochenen Feuer nach den bisher gemachten Erfahrungen nicht von glücklichen Erfolgen begleitet zu sein.

Von Herrn Häusler wird anheimgegeben, die Vorschrift des §. 100 der Feuerordnung dadurch zu erhalten, daß eingeschaltet werde: »wenn und so lange eine Bürgerwehr bestehe.«

Bei der Abstimmung über den Antrag des Herrn Röpcke wird die Streichung des §. 100 mit 10 unter 18 Stimmen von der Versammlung beschlossen und folgt daraus zugleich die entsprechende Modification des §. 92.

Herr Röpcke kündigt schließlich noch einen Antrag auf die Aufhebung der Bürgerwehr an und ersucht den Herrn Vorsitzenden, denselben auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, was von dieser Seite auch verheißen wird.

In dem §. 101 ist für die möglichst rasche Herbeischaffung der Löschinstrumente Bestimmung getroffen.

Die §§. 102, 103, 104 handeln von der Art und Weise der Herbeischaffung der Löschinstrumente und von den Zubringern; die Commission hält dafür, daß diese Bestimmungen einen geeigneten Platz in dem Reglement für den Löschverein finden möchten und trägt deshalb darauf an, dieselben in der Feuerordnung zu streichen; der Antrag der Commission wird auch von der Versammlung angenommen.

Ueber das Verhalten der Müller, Kunstmeister, Schleusenmeister und Schleusenwärter, um den Wasserzufluß nach der Stadt und insbesondere in die Gerinne der Kunsträder zu veranlassen, der Kunstmeister, um das Röhrenwasser vorzugsweise in

die Nähe der Feuerstelle zu leiten; der Hauswirth in der Nähe des Feuers, um Wasservorräthe vor den Häusern und auf den Böden bereit zu halten, und die Brunnen, Füllen und Flößen zugänglich zu machen; — und endlich der Brauer, Branntweinbrenner und ähnlicher Gewerbetreibender, um zur Winterzeit für die Bereithaltung heißen Wassers zu sorgen, enthalten die §§. 105 — 109 ausführlichere Vorschriften.

Die Thätigkeit des Stadtbaumeisters ist durch den §. 110 bestimmt.

In den Händen des Polizei-Directors ist nach §. 111 die oberste Leitung der Thätigkeit aller zur Bekämpfung einer Feuersbrunst mitwirkenden Personen; insbesondere wird auf desfallige Anfrage der Commission durch den Herrn Oberbürgermeister Caspari außer Zweifel gestellt, daß dem Polizei-Director die oberste Entscheidung über das Ausräumen eines Gebäudes zustehen und dessen Anordnungen gegenüber ein etwaiges Verbot der Agenten der Feuerversicherungsgesellschaften wirkungslos sein müsse.

Dem Stadt-Magistrate liegt es nach §. 112 ob, die Wirksamkeit der getroffenen Anordnungen nach allen Richtungen hin zu beobachten und auf Abstellung etwaiger Mängel hinzuwirken, und ist demselben auch die Mitwirkung bei allen wegen der Feuerlöschungs-Anstalten zu erlassenden allgemeinen Verfügungen neben dem Polizei-Director ausdrücklich vorbehalten.

In dem §. 113 sind für die erste Entdeckung eines Feuers und für die Herbeischaffung der drei ersten Feuerprühen und mit Wasser gefüllten Wassermagen Prämie ausgesetzt und den bei Unterdrückung eines Feuers Beschädigten oder gar zu Tode gekommenen freie Kur, nöthigenfalls auch dessen Angehörigen dauernde Unterstützung und auf Verlangen freies Begräbniß aus städtischen Mitteln zugesichert. — Ihren Antrag auf Auslobung einer Prämie auch für den ersten Zubringer, zieht die Commission nach der Bemerkung des Herrn Oberbürgermeisters Caspari, daß ein Zubringer doch erst in Thätigkeit gesetzt werden könne, wenn die übrigen Löschgeräthschaften zur Stelle gebracht und geordnet seien, und die Beschädigung eines Zubringers, welche aus einer übereilten Herbeischaffung desselben leicht entstehen könnte, um so sorgfältiger zu verhüten sei, als nur einige wenige Zubringer vorhanden seien, zurück.

Im dritten Abschnitte ist von den Einrichtungen nach gelöschtem Feuer die Rede.

Die zur Dämpfung eines Feuers verpflichteten und thätig gewesenen Personen dürfen nach §. 114 nicht eigenmächtig von der Brandstelle sich entfernen.

An der Brandstelle verbleibt nach §. 115 eine von dem Polizei-Director angeordnete Feuerwache mit den nöthigen Löschgeräthschaften, deren Verpflichtung nach §. 116 auch ist, auf die angrenzenden Gebäude und die umliegenden Straßen ihr Augenmerk zu richten.

In letzterer Beziehung ist auch den benachbarten Hausbewohnern durch §. 117 eine gleiche entsprechende Verpflichtung auferlegt.

Für die Aufbewahrung der angebrannten Baumaterialien sollen nach §. 118 geeignete Plätze angewiesen werden.

Nach gelöschtem Feuer sollen nach §. 119 die gebrauchten Feuerlöschungsgeräthschaften genau revidirt und nöthigenfalls gebessert, auch nach §. 120 Berathungen wegen mangelnder Löschrichtungen veranlaßt werden.

Der letzte Abschnitt enthält allgemeine Bestimmungen zur Aufrechterhaltung der Feuer-Ordnung.

Nach §. 121 wird die Herzogliche Polizei-Direction durch ihre Beamten unter Zuziehung von Bürgern Feuer-Visitationen in den Häusern vornehmen lassen und sind nach §. 122 alle Polizei-Beamte, Nachtwächter, Gemeindediener, sowie die Schornsteinfeger und sämtliche Bauhandwerker, endlich auch alle hiesigen Einwohner verpflichtet, feuergefährliche Einrichtungen und Handlungen und Vergehen gegen die Feuerordnung bei Herzoglicher Polizei-Direction zur Anzeige zu bringen.

Im §. 123 sind die Straffätze zusammengestellt: nach einem Vorschlage der Commission sollen Verstöße gegen die §§. 4—, Bretterschuppen und Bretterverschäalungen —; 9—11—, Vorrichtung von Oeffnungen auf den Dächern, Dachlukken über Schornsteinen und Dachrinnen von Holz; —; 36—, Trennung der Röhren über dem Dache; — 41, — unten verschlossene weite Schornsteine; — 44. — Vorrichtung zur Reinigung der russischen Röhren, — statt mit 5 mit 10  $\mathfrak{R}$  Strafe, — und gegen den §. 66 — Verbot der s. g. Hucheltöpfe — statt mit 3 mit 1  $\mathfrak{R}$  Strafe belegt werden, womit die Versammlung sich einverstanden erklärt.

Die Geldstrafen fließen in die Stadt-Armen-Casse — §. 124 — und werden im Falle des Unvermögens in Gefängnißstrafe umgewandelt — §. 125.

Schadens- und Kosten-Ersatz und Criminalstrafen bleiben nicht ausgeschlossen. — §. 126. —

Die Polizei ist nach §. 127 befugt, vorschriftswidrige bauliche Anlagen zu hindern oder wegzunehmen, und Leistungen, welche vorschriftswidrig unterlassen sind, anderweit beschaffen zu lassen, — alles dies auf Kosten der Verpflichteten.

Die folgenden §§. 128—132 handeln von dem Hasten anderer Personen für die Strafe, von der freiwilligen Erlegung der Strafe und von der Verjährung, von interimistischen Verfügungen der Polizei-Behörde und von Aufhebung der älteren Verordnungen.

Nach Beendigung der Berathung über die Feuerordnung wird die Sitzung, nach Verlesung und Genehmigung des Protocolls, von dem Herrn Vorsitzenden geschlossen.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig

am 29. Juli 1852.

Die Sitzung wird von dem Herrn Vorsitzenden Desterreich eröffnet, die Herrn Kellner, Barrentrapp, Grottrian, Jüdel und Meyer sind verreist. Wegen Abwesenheit des Herrn Stadtsecretairs Carstens übernimmt auf Aufforderung des Herrn Vorsitzenden Herr Häusler die Protocollführung.

I. Der Herr Vorsitzende legt der Versammlung die Fassung des bei Verathung der Feuerordnung vorbehaltenen §., die Ausnahme von den Bau-Vorschriften und die Zusammensetzung der zur Entscheidung darüber einzusetzenden Commission betreffend, vor. Diese Commission soll danach bestehen aus:

- 1) einem Mitgliede des Stadtmagistrats als Vorsitzendem,
- 2) drei Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung,
- 3) dem Polizei-Director oder einem für den Fall der Behinderung desselben bezeichneter Polizei-Commissair und
- 4) dem Stadtbaumeister oder bei dessen Behinderung einem Gehülfen desselben.

Bei Stimmengleichheit soll die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag geben.

Die Versammlung nimmt den Antrag ohne Debatte an.

II. Der Herr Vorsitzende verliest ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 24. Juni bei Uebersendung einer nach Maßgabe des §. 97 der revirirten Städteordnung aufgestellten Uebersicht über die Verwaltung der

städtischen Angelegenheiten während des Jahres 1851, und wird auf den Vorschlag des Herrn Vorsitzenden deren Druck beschlossen.

III. Der Herr Vorsitzende theilt das Schreiben des Stadt-Magistrats vom 22. Juli, die Verwilligung von 15  $\text{R}$  zur Uebersiedlung des Schneibergesellen Solesky nach Amerika betreffend und eröffnet aus den mit übersandten Acten über die persönlichen Verhältnisse des r. Solesky das Erforderliche, wonach derselbe insbesondere von den Geschworenen, welche ihn wegen verschiedener Diebstähle schuldig gesprochen haben, zur Begnadigung empfohlen und mit 35  $\text{R}$  zu seiner Uebersiedlung bereits ausgestattet ist. Die Versammlung tritt dem Antrage auf Verwilligung der geforderten 15  $\text{R}$  bei.

Es wird sodann zur Tagesordnung übergegangen

1. Der erste Punkt derselben betrifft eine Magistratsproposition hinsichtlich der Anleihe der Kaufgelder der Stadt Hamburg. Nach der Mittheilung des Magistrats hat das Herzogliche Staats-Ministerium zwar die von der Stadtverordneten-Versammlung in der Sitzung vom 17. Juni beantragte Uebernahme der Hälfte der Zinsen dieser Kaufgelder bis Johannis k. J. und der sonstigen die Stadt treffenden Unkosten, abgelehnt, dagegen gestattet, daß 5000  $\text{R}$  Gold der Stadt gegen  $3\frac{1}{2}$  Procent Zinsen aus der Leihhauscasse bis Michaelis k. J. gegen genügende Sicherheit vorgeliehen werde, sowie daß die von der Stadt zu übernehmende Hälfte des auf der Stadt Hamburg haftenden Leihhauscapitals zu 3450  $\text{R}$  Gold in 3jährigen Raten gezahlt, und bis zur Zahlung mit nur 3 Procent verzinst werde.

Der Magistrat proponirt nun, jene Anleihe zu machen, und zur Sicherheit das Stadthaus oder der Stadt zugehörige Werthpapiere zu verpfänden. Die Versammlung tritt dem Antrage bei, jedoch wird von mehreren Seiten der Wunsch ausgesprochen, daß die Deposition von Werthpapieren der Verpfändung des Stadthauses vorgezogen werde.

2. In einem Schreiben vom 15. Juli theilt der Magistrat mit, daß, nachdem das am Bruchthore befindliche Sprigenhaus, welches das Staats-Ministerium neben dem Niesschen Hause wieder zu errichten übernommen hatte, sammt den Materialien verkauft sei, und der Aufbau desselben an jener Stelle außerdem zu ästhetischen Bedenken Veranlassung gegeben habe, das Ministerium anderweitig sich erbiete, die Sprigen in den an der west-

lichen Seite des Museums neu aufzuführenden Vorbau, dessen oberer Stock zu einer Erweiterung der Localitäten des Museums bestimmt sei, aufzunehmen. Der Magistrat spricht sich für die Annahme des Vorschlags aus, da die größere Concentrirung der Spritzen in der Mitte der Stadt eher vortheilhaft als nachtheilig sei, außerdem in jene Räume auch die Spritzen vom Bruderkirchhofe untergebracht werden könnten, und dadurch der Neubau des dortigen haufälligen Spritzenhauses vermieden werden könne. Der Magistrat proponirt indeß zur Bedingung zu machen, daß die Regierung für die Instandsetzung und Erhaltung des Locals Sorge trage, daß, falls die Spritzen demnächst nicht mehr darin bleiben könnten oder sollten, die Regierung sich zur Herstellung eines Spritzenhauses verpflichte, und der Platz am Nieschen Hause nur unter solchen Bedingungen veräußert werde, die eine den Anforderungen der Aesthetik entsprechende Verwendung desselben sicherten.

Die Versammlung nimmt die Proposition, für welche sich Herr Weg wegen der für sehr zweckmäßig zu haltenden Concentrirung der Löschgeräthschaften ausspricht, an.

3. Herr Steinmeier berichtet Namens der Commission für das Armenwesen über den bereits im Jahre 1850 gestellten Antrag des Bürgervereins auf Einrichtung eines zweiten Locals für den Verein zum Verkaufe billiger Brennmaterialien an unbemittelte hiesige Einwohner. Die Commission erklärt sich in Uebereinstimmung mit den Ansichten des Magistrats gegen den Antrag, da durch die Anlegung eines zweiten Locals die Controle über die Vertheilung erheblich erschwert und der schon jetzt nicht immer zu vermeidende Mißbrauch des Instituts dadurch vermehrt werden würde, über die große Entfernung des jetzigen Locals von einzelnen Stadttheilen aber bisher Klagen nicht vorgekommen seien. Wünschenswerth hält die Commission allerdings, daß das Local mehr in die Mitte der Stadt verlegt werde, und glaubt als dazu passend das Rosmühlengebäude hinter der Burg bezeichnen zu können.

Herr Oberbürgermeister Caspari bemerkt dagegen, daß dieses Gebäude augenblicklich für andere Zwecke in Anspruch genommen sei, demnächst aber vermuthlich ganz werde beseitigt werden, daß übrigens der Magistrat, der mit dem Wunsche der Commission einverstanden sei, die Sache nicht aus den Augen verlieren werde.

Herr Lüdecke empfiehlt den Antrag des Bürgervereins zur Annahme,

da allerdings die weite Entfernung des jetzigen Locals von einzelnen Stadttheilen für diese den Nutzen der Einrichtung sehr schmälere. Die Herren Rätze und Lissebon sprechen sich aus den von der Commission entwickelten Gründen für den Antrag der Letztern aus.

Nach geschlossener Debatte tritt die Versammlung dem Antrage der Commission, den Antrag des Bürgervereins abzulehnen, und an den Magistrat das Ersuchen zu richten, auf die Verlegung des gedachten Locals in die Mitte der Stadt möglichst bedacht zu sein, bei.

Auf ferneren Bericht des Herrn Steinmeier beschließt die Versammlung, einem Zweiten denselben Gegenstand betreffenden Vorschlag des Magistrats, nämlich die durch das Ausscheiden mehrerer Stadtverordneten unvollständig gewordene städtische Deputation zur Leitung des Brennholzverkaufs nicht wieder zu ergänzen, vielmehr ganz eingehen zu lassen, da mehrere Privatpersonen sich der Angelegenheit mit großem Eifer und großer Umsicht annehmen, ebenfalls beizutreten.

4. Herr Wanzelius berichtet Namens der Finanzcommission über die Proposition des Stadtmagistrats vom 30. Juni, den bisher aus der Stadtcasse zu den Cultuskosten der deutsch-katholischen Gemeinde gezahlten Beitrag von jährlich 150  $\mathfrak{R}$  betreffend.

Bei Verathung des diesjährigen Stadtcassenetats wurde zwar der Zuschuß zu den Cultuskosten der deutsch-katholischen Gemeinde verwilligt, indeß beschlossen, über den Betrag derselben und die von den Mitgliedern der Gemeinde selbst geleisteten Beiträge Nachricht einziehen zu lassen. Dieses ist vom Stadt-Magistrate geschehen, und ergeben dessen Mittheilungen, daß die hiesige deutsch-katholische Gemeinde aus 152 Familien mit 459 Personen besteht, daß im Jahre 1850 von nur 33 derselben zusammen Beiträge zum Belaufe von 45  $\mathfrak{R}$  22  $\mathfrak{M}$ , 1851 von 30 Mitgliedern nur 39  $\mathfrak{R}$ , bei dem höchsten Beitrage von 4  $\mathfrak{R}$  für einen Einzelnen, zur Bestreitung der Cultuskosten beige-steuert sind, daß im Jahre 1851 die Gesamtausgabe 673  $\mathfrak{R}$  13  $\mathfrak{M}$  6  $\mathfrak{L}$ , die Einnahme nur 504  $\mathfrak{R}$  13  $\mathfrak{M}$  6  $\mathfrak{L}$  (nämlich 150  $\mathfrak{R}$  aus der Stadtcasse, 200  $\mathfrak{R}$  aus der Casse der *piorum corporum*, 52  $\mathfrak{R}$  12  $\mathfrak{M}$  Zinsen von dem 1600  $\mathfrak{R}$  betragenden Vermögen der Gemeinde, 51  $\mathfrak{R}$  18  $\mathfrak{M}$  an Beiträgen von Nichtmitgliedern, 39  $\mathfrak{R}$  an Beiträgen von Mitgliedern, und 11  $\mathfrak{R}$  7  $\mathfrak{M}$  6  $\mathfrak{L}$  aus dem Opferbeutel) betragen, so daß ein Deficit von 169  $\mathfrak{R}$  von dem Capitalvermögen hat gedeckt werden müssen.



Aus der Geringfügigkeit der Beiträge der Gemeindeglieder, welche auf ein geringes Interesse derselben an dem Bestehen der Gemeinde schließen lassen, und der daraus sich ergebenden Unmöglichkeit, die Gemeinde auf längere Jahre hin zu erhalten, motivirt die Commission ihren mit der Proposition des Magistrats übereinstimmenden Antrag, den bisherigen Beitrag über das laufende Jahr hinaus nicht weiter zu bewilligen.

Herr Köpke erkennt zwar an, daß unter den vorliegenden Verhältnissen an ein langes Bestehen der Gemeinde nicht gedacht werden könne, er hält aber gerade den jetzigen Zeitpunkt zur Sistirung der bisher gezahlten Beiträge nicht für angemessen, da die städtischen Behörden dadurch in den Verdacht der Intoleranz kommen könnten, welche gerade jetzt in verschiedenen Staaten zu einer Verfolgung der freien Gemeinde geführt habe.

Herr Oberbürgermeister Caspari geht davon aus, daß man zwar die Bildung separatistischer kirchlicher Gemeinden nicht hindern dürfe, daß aber derartige religiöse Gesellschaften die Kosten ihres Cultus selbst tragen müßten und verweist auf das Beispiel Englands und der hiesigen reformirten und jüdischen Gemeinden. Die Unterstützungen, welche der deutsch-katholischen Gemeinde von der Stadt und der lutherischen Kirchencasse bewilligt worden, seien von vorn herein offenbar nur als vorübergehende aufgefaßt, um der jungen Gemeinde ihre Bildung möglich zu machen. Wenn aber die Geringfügigkeit der Beiträge der Gemeinde-Mitglieder beweise, daß ihnen das rechte Interesse fehle, so sei kein Grund vorhanden, Beiträge für eine Sache fortbestehen zu lassen, die über kurz oder lang aus eigener Schwäche zu Grunde gehen werde. Auch die Beiträge aus der Kirchencasse würden ohne Frage sistirt werden, sobald der neue Kirchenconvent zusammen getreten sein werde. Das von Herrn Köpke Hervorgehobene liege einem derartigen Beschlusse weder zum Grunde, noch könne es ihm füglich untergelegt werden.

Herr Aronheim erklärt sich ebenfalls für den Antrag der Commission. Wenn auch der Zeitpunkt ein zufällig ungünstiger sei, indem man sich den von Herrn Köpke angedeuteten Verdachte aussetze, so könne dieses kein Grund sein, sich zu einem andern Beschlusse bestimmen zu lassen. Eine Religionsgesellschaft, die eine im Verhältnisse zu ihren Kräften so geringe Beisteuer zu ihren Cultuskosten aufbringe, beweise damit, daß es ihr an positiven Gehalt und innerer Lebensfähigkeit fehle. Ihr das Leben äußerlich zu fristen, liege kein Grund vor. Es scheine fast, als seien für viele Mitglieder Bequemlichkeit oder Unlust die Stolzgebühren zu bezahlen, die Hauptmotive zur Lossagung von ihrer Kirche gewesen.

Herr Steinmeier hält zwar die Bildung und das Bestehen derartiger Gemeinden der Macht des Katholicismus gegenüber vom evangelischen Standpuncte aus für einen Gewinn, wenn aber, wie durch die hiesige Gemeinde dem Katholicismus kein Abbruch geschehe, es für ungerechtfertigt, sie aus den Mitteln der Stadt oder der Kirche zu unterstützen, zumal die Lutherische Kirche selbst der Unterstützung bedürfe.

Herr Bieweg spricht sich ebenfalls für den Commissionsantrag aus, da eine Gemeinschaft, der es an innerem Leben fehle, immerhin absterben möge, hält übrigens dafür, daß man dadurch, daß man der fraglichen Gemeinde den Kampf von vorn herein zu leicht gemacht, ihr am meisten geschadet habe.

Herr Röpkke will zwar die entwickelten Grundsätze nicht bestreiten, und würde auch der Unterstützung nicht das Wort reden, wenn sie nicht bisher gegeben wäre. Sie jetzt zurückzuziehen, hält er aus dem von ihm angeführten Grunde nicht für rathsam. Er stellt daher den Unterantrag, den Beitrag noch auf ein Jahr zu verwilligen, jedoch mit der Andeutung, daß, falls nicht ein kräftigerer Geist in der Gemeinde sich zeige, der Zuschuß aufhören werde.

Die Versammlung erklärt sich bei der Abstimmung gegen den Antrag des Herrn Röpkke und für den Commissionsantrag.

5. Auf ferneren Bericht des Herrn Wankelius genehmigt die Versammlung eine Proposition des Magistrats auf Verlängerung des über das der Stadt gehörende Haus Nr. 2828 abgeschlossenen Miethvertrags.

6. Herr Wankelius berichtet ferner über einen Antrag des Vorstandes des Rettungs-Vereins auf extraordinäre Verwilligung von 100  $\mathfrak{A}$  außer den jährlich aus der Stadtcasse für die Kosten dieses Vereins gezahlten 30  $\mathfrak{A}$ . Der Antrag wird damit gerechtfertigt, daß zur Einrichtung eines als sehr nützlich, ja nothwendig erscheinenden Steigercorps, mehr als 200  $\mathfrak{A}$  verausgabte, und zur nothwendigen Instandhaltung und Ersetzung der erforderlichen Rettungsutensilien noch 130  $\mathfrak{A}$  zu decken seien. Die Commission beantragt die geforderten 100  $\mathfrak{A}$  extraordinair zu verwilligen.

Herr Bieweg sieht keinen Grund, dem Vereine eine so bedeutende Unterstützung zu Theil werden zu lassen, da er bei der großen Verbreitung der Versicherungen eigentlich nur zum Besten der Versicherungs-Gesellschaften bestehe.

Herr Aronheim glaubt nicht, daß die Versicherungen schon so allgemein seien, daß nicht der Rettungs-Verein als ein für die Gesamtheit sehr nützlichcs Institut bezeichnet werden müsse, und giebt die Annahme des Commissions-Antrages anheim.

Derselbe wird bei der Abstimmung angenommen.

7. Herr Röpcke motivirt den bereits früher von ihm angekündigten Antrag: den Stadt-Magistrat zu ersuchen, zur Aufhebung der Bürgerwehr die erforderlichen Schritte zu ergreifen. Er will die früher erörterten Gründe für den Antrag nicht wiederholen, und nur darauf hinweisen, daß der Geist des Instituts erloschen, eine jede Zuneigung dafür verschwunden sei, wie sich dieses in den von den Mitgliedern der Bürgerwehr selbst zur Besprechung der Angelegenheit veranstalteten Versammlungen deutlich ausgesprochen habe. Ueberhaupt erscheine, wie das Beispiel anderer Länder gelehrt, eine solche Bürgerbewaffnung zur Unterdrückung ernstlicher Unruhen nicht geeignet.

Der Herr Vorsitzende erklärt, die Berathung des Antrags auf eine der nächsten Tagesordnungen setzen zu wollen, wogegen Herr Röpcke, von Herrn Aronheim unterstützt, die sofortige Berathung beantragt, da die Sache genügend erörtert, und durch die jetzige Ungewißheit dem Institute am meisten geschadet werde.

Herr Bieweg hält es dagegen für nothwendig, daß der Antrag, der in die wichtigsten Interessen der Gemeinde, namentlich wegen deren Verpflichtung den bei Ausläufen entstehenden Schaden zu tragen, eingreife, einer Commission überwiesen werde, welcher Ansicht

Herr Uhde mit dem Wunsche sich anschließt, daß nicht bloß der Antrag des Herrn Röpcke von der Commission in Erwägung gezogen werde, sondern auch die Frage, wie etwa durch modificirte Einrichtungen dem Wesen und dem Zwecke der Bürgerwehr besser entsprochen werden könne.

Die Versammlung lehnt die sofortige Berathung ab und beschließt die Vorprüfung durch eine Commission, als welche von dem Herrn Vorsitzenden die Statuten-Commission bezeichnet wird.

Herr Aronheim erhält hierauf das Wort, um den Antrag zu motiviren, daß das neue Droschkenreglement behuf einer nochmaligen Revision einer Commission überwiesen werde. Er hält eine Revision für nothwendig, da das Reglement sich als durchaus unpraktisch bewiesen habe, wenigstens nicht ins Leben getreten sei, und sich in dem Droschkenwesen dadurch nichts wesentliches verändert habe, durch eine strenge Durchführung aber die Droschkenhalter ruinirt werden würden. Er hält deshalb eine nochmalige reifliche

Prüfung der Sache, und eine wesentliche Umgestaltung der jetzigen Einrichtung für nothwendig.

Da die Versammlung dem Antrage beitrifft, überweist der Herr Vorsitzende die Sache der Statuten-Commission.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, die Verathung verschiedener Gesuche um Ertheilung des Wohnortsrechts geht in vertraulicher Sitzung vor sich.

Nach deren Beendigung wird das Protokoll verlesen und genehmigt.



## Verhandlungen

der

### Stadtverordneten-Versammlung zu Braunschweig.

Sitzung am 17. August 1852.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden, Herrn Desterreich, zeigte dieser an, daß die Herren Meyer, Barrentrapp, Häusler, Voigt und Fabricius, wegen ihres Nichterscheins durch Abwesenheit entschuldigt seien, daß Herr Kellner durch Krankheit und Herr Franke durch Dienstgeschäfte zurückgehalten, Herr Räche aber, nach Erledigung eines Geschäfts vor Gericht, noch erscheinen werde.

Auch theilte der Herr Vorsitzende aus einer Benachrichtigung des Stadt-Magistrats mit, daß das hier zurückgewiesene Gesuch des Privatdieners Heinrich Wilhelm Müller aus Effenrode, um Ertheilung des Wohnortsrechts hieselbst, vom Herzogl. Staats-Ministerium gewährt sei.

I. In Beziehung auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung, — die Schlußberathung über den Entwurf einer Wochenmarktsordnung für die hiesige Stadt, trug der Herr Vorsitzende vor: Laut Schreibens des Stadt-Magistrats vom 12. d. Mts. habe das Herzogl. Staats-Ministerium drei Aenderungen des Entwurfs gefordert. Die ersten beiden trafen den §. 5, welcher den Handel mit Wochenmarktsartikeln, welche von auswärts hierher gebracht sind, an den Markttagen auf die Marktplätze verweise, ferner den Verkauf im Hausiren nach beendigten Marktstunden gestatte. Gegen die angenommene Fassung sei eingewendet, daß dieselbe zu weit gehe, da sie dem Wortlaute nach, nicht allein den Verkauf aller Consumtibilien, welche nach §. 3 zu den Wochenmarktsartikeln gehören, an den Markttagen auf die Wochenmärkte beschränke

und hiesige Handlungen, welche dergleichen Waaren führen, in einem an sich erlaubten Handel unzulässig beschränke, sondern auch mit den Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes über den Hausirhandel collidiren. — Nach Statt gehaltenen Verhandlungen mit Herzogl. Staats-Ministerium, schlage nunmehr der Stadt-Magistrat entsprechende Ergänzungen des §. 5 vor, durch die das Verbot des Verkaufs von Wochenmarktsartikeln an Markttagen, vor und während der Marktstunden, auf andern als den dafür angewiesenen Plätzen, auf diejenigen Gegenstände des Marktverkehrs beschränkt, „welche an Markttagen von auswärts zum Verkauf hierher gebracht werden,“ ferner der Verkauf der im §. 5 genannten Artikel im Hausiren, nach beendigtem Markte, nur in Betreff derjenigen Gegenstände gestattet wird, „welche auf dem Markte zum Verkauf ausgestellt gewesen sind.“ — Auf diese Aenderungen des Entwurfs werde um so mehr einzugehen sein, da die Prüfungscommission bei der Vorberathung des Statut-Entwurfs dem §. 5 keine andere Bedeutung, als welche durch die Zusätze bestimmter hervorgehoben werde, beigelegt und bei der Berathung die Sache in diesem Sinne dargestellt habe, derselbe also den Ansichten und Absichten der geehrten Versammlung entsprechen werde, aber auch nicht verkannt werden könne, daß die angenommene Fassung, die hervorgehobenen Mißdeutungen zulasse.

Der §. 17 welcher bestimme, daß der Erlös für die confiscirten Waaren und die Strafgelder der städtischen Armenkasse zufallen sollen, sei aus dem Grunde bestritten, weil diese Gelder in Folge einer Bestimmung vom 8. October 1833 in die Staatskasse zu zahlen seien. Der Stadt-Magistrat habe zwar dawider vorgestellt, daß so lange der Staat die Bedürfnisse der hiesigen Armenkasse durch illimitirte Zuschüsse gedeckt habe, kein Werth darauf habe gelegt werden können, ob dergleichen Strafen in diese oder die Staatskasse geflossen seien, nachdem aber die Verhältnisse der Stadt zum Staate wegen des städtischen Vermögens interimistisch geregelt worden, liege kein Grund vor, die von allen Städten des Landes mit der verhältnißmäßig größten Armenlast behaftete hiesige Stadt ungünstiger zu stellen, als die übrigen Städte, deren Armenkassen dergleichen Strafgelder zufließen. Da jedoch Herzogl. Staats-Ministerium erwidert habe, daß die bestehende Einrichtung nicht beiläufig abgeschafft werden könne und der Stadt-Magistrat anerkenne, daß das Verlangen einer Aenderung, einer gründlichen Prüfung der, der Verfügung vom 8. October 1833 zum Grunde liegenden Verhältnisse erfordere, so gebe derselbe anheim, den §. 17 aus dem Statut wegzulassen, zumal Verhandlungen wegen anderweiter Ordnung dieser Frage bereits eingeleitet seien. — Weil

nun auch die Wochenmarktsordnung mit dem §. 17, bei gegenwärtiger Lage der Sache, die Genehmigung des Herzogl. Staats-Ministeriums nicht erhalten werde, und die vielseitig gewünschte Publication, bis zur Erledigung der vorerwähnten Differenz zu verschieben nicht rathlich sei, werde der §. 17 einstweilen aufzugeben sein.

Bei den Erörterungen, zu denen die Aenderungen des §. 5 Veranlassung geben, wird besonders hervorgehoben, daß nach dem bestehenden Gebrauche, zu den Wochenmarktsartikeln gehörende Gegenstände auch auf Bestellung, oder an gewisse Abnehmer in die Stadt gebracht werden, und daß, da dieser Verkehr nicht gefördert werden dürfe, auf eine Fassung Bedacht zu nehmen sei, welche denselben, wie an andern, so an Wochenmarktstagen gestatte. — Der Herr Vorsitzende schlug zu diesem Zwecke vor, in den Zusatz „welche an Markttagen von auswärts zum Verkauf hierher gebracht werden“, vor „Verkauf einzuschalten „feilen“, da der vorerwähnte, auf besondere Verabredungen beruhende Absatz von Marktartikeln nicht unter diesen Begriff falle. — Zwar wurde bemerkt, daß auch durch die neue Fassung mit diesem Zusätze die richtige Anwendung der gegebenen Vorschriften und die Abwehr aller Umgehungen nicht vollständig gesichert erscheine; andere Mitglieder aber entgegneten, daß in Beziehung auf die Anwendung der gegebenen Regel, durch Specialisirung nichts gewonnen sein würde. — Von der Versammlung wurden die vorgeschlagenen Aenderungen des §. 5 genehmigt.

In Betreff des §. 17 hielt Herr Röpcke für erforderlich, daß wenn die darin enthaltene Bestimmung wegfalle, eine andere Vorschrift darüber angenommen werden müsse, wohin der Erlös für confiscirte Wochenmarktswaaren und die Strafgebelde zu zahlen seien, weil erst dadurch die Strafandrohung selbst eine vollständige werde. Herr Aronheim und der Vorsitzende entgegneten, daß eine Nothwendigkeit dazu nicht vorliege, weil, wenn eine bestimmte Casse, wohin die bezeichneten Gelder fließen sollen, in diesem Statut nicht bezeichnet sei, mit denselben nach der für dergleichen Polizeistrafgebelde allhier geltenden Regel müsse verfahren werden, und nur dieses durch Weglassung des §. 17 erreicht werden solle. Herr Röpcke blieb zwar bei seiner Ansicht, da sie theoretisch die richtige sei, stehen, erklärte aber, einen derselben entsprechenden Antrag nicht stellen zu wollen.

Dagegen trug Herr Nieß darauf an, nöthigen Falls die Publication dieser Wochenmarktsordnung so lange zu verschieben, bis die Frage, ob die Strafgebelde u. s. w. in die Staatscasse oder in die städtische Armenkasse flie-

sen sollen, definitiv entschieden sein werde. — Auf die Entgegnung, daß dadurch im Interesse der Stadt nichts gewonnen und nur die wünschenswerthe Ordnung des Wochenmarktsverkehrs verzögert werden würde, ward der Antrag abgelehnt und die Weglassung des §. 17 beschlossen.

II. Hierauf ersuchte der Vorsitzende in Folge eines Schreibens des Stadt-Magistrats vom 21. d. Mts. und nach Verlesung des §. 10 des Gesetzes vom 8. December 1851, über die Gemeindeschulen, einen Stadtverordneten, welcher in den einzusetzenden Schulvorstand zu treten habe, zu wählen. Da die Oeffnung der Stimmzettel ergab, daß 9 Stimmen auf Herrn Lüdecke, eben so viele auf Herrn Uhde und 1 Stimme auf Herrn Steinmeyer gefallen waren, auch eine neue Wahl dasselbe Resultat ergab, so erklärte der Herr Vorsitzende, daß er bei der Erfolglosigkeit dieser Wahlhandlungen, die Wahl auf die nächste Tagesordnung setzen werde.

III. Auf eine Frage des Herrn Vorsitzenden, ob die Versammlung der Ansicht sei, daß der im November 1850 von ihr zum Mitgliede des Kirchen-Cassen-Collegiums gewählte Stadtverordnete Herr Grass, ohne Weiteres in gleicher Eigenschaft in das nach §. 36 des Gesetzes vom 30. November 1851, die Errichtung von Kirchenvorständen betr., neu zu organisirende Collegium einzutreten habe, bemerkt Herr Räche, daß er für richtiger halte, wenn eine Neuwahl vorgenommen werde. Die Versammlung tritt dieser Ansicht bei. Es fand darauf die Wahl Statt, durch welche Herr Grass von Neuem mit 16 Stimmen gewählt wurde.

IV. Herr Aronheim, auf die Verhandlungen wegen der Wahl eines Mitgliedes zum Schulvorstande zurückkommend, sprach die Ansicht aus, daß nachdem die Wahlhandlungen eine Mehrheit für einen Mann nicht ergeben, die Wahl durch das Loos unter den Beiden welche die meisten und gleiche Stimmen gehabt, hätte entschieden werden müssen. — Da in längern Verhandlungen über die Frage: ob in der Spezial-Gesetzgebung ein Princip vorliege, nach welchem die Sache zu behandeln gewesen sei und was demselben gemäß hätte geschehen müssen, eine bestimmte zur Anwendung zu bringende Vorschrift nicht nachgewiesen wurde, so richtete der Herr Vorsitzende an die Versammlung die Frage, ob in Uebereinstimmung mit seiner vorläufigen Anordnung, die Wahl bis zur nächsten Sitzung verschoben werden solle und es wurde dieselbe, bei Gleichheit der Stimmen für und wider die Aussetzung, durch die Stimme des Herrn Vorsitzenden bejahend entschieden.

Herr Aronheim kündigte darauf für die nächste Sitzung den regle-



mentarischen Antrag an: daß eine Bestimmung getroffen werde, nach welcher es künftig unzulässig sei, eine begonnene Wahl auf eine andere Sitzung zu verschieben.

V. Die dann folgende Wahl von zwei Stadtverordneten zur Vertretung der Stadtgemeinde in dem bevorstehenden Militäraushebungstermine, (§. 25 des Gesetzes vom 21. Juni 1851, die Verpflichtung zum Kriegsdienste betr.) zu welcher der Stadt-Magistrat in einem Schreiben vom 24. Juni d. J. aufgefordert hatte, fiel mit absoluter Stimmenmehrheit auf die Herren Grund und Röpcke. In Folge einer Erklärung des letztern daß er vermuthlich durch eine unaufschiebliche Reise verhindert sein werde, bemerkte der Herr Vorsitzende, daß er nöthigenfalls zur Vertretung bereit sei. Die Versammlung war damit einverstanden.

VI. Herr Steinmeyer berichtete hiernächst Namens der Commission für Schulfachen, über eine Proposition des Stadt-Magistrats wegen Verwilligung von 268  $\text{R} \text{th} \text{lr}$  20  $\text{S} \text{gr}$  11  $\text{D}$ , aus der Stadtcasse, zur Ausführung einiger Bauten in dem Gebäude der Bürgerschule östlichen Bezirks, welche durch die Sonderung der fünften Classe in eine Knabenclasse und Mädchenclasse nothwendig werden. Der Herr Referent empfahl die Verwilligung, da die Maßregel einer Sonderung der Geschlechter wegen der Zahl der Schüler in der fünften Classe (etwa 150) und aus andern Gründen unabweislich, die Ausführung aber durch die in den vorgelegten Kostenanschlägen bezeichneten Bauten, welche weder in Ansehung des Umfangs noch der berechneten Kosten der Commission zu Erinnerungen die Veranlassung gegeben hätten, bedingt sei.

Die Versammlung trat dem Antrage ohne Widerspruch bei.

Herr Graß beklagte unter Bezugnahme auf die Vorlagen, daß über Anfertigung der Kostenanschläge für städtische Bauten zum Nachtheil für die Sache selbst, eine so lange Zeit hinzugehen pflege, wie solches in dem vorliegenden Falle und verschiedenen andern namhaft zu machenden Fällen geschehen sei und knüpfte daran den Antrag: daß die Stadtverordneten-Versammlung den Stadt-Magistrat ersuchen möge, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Bauanschläge künftig schneller beschafft werden, als bisher. Der Herr Oberbürgermeister Caspari entgegnete, daß der Antrag, insofern darin ein Personen-treffer Tadel ausgesprochen sein solle, als nicht gehörig begründet sich darstelle, da hierbei vor allem die zur Verfügung der Stadt stehenden Arbeitskräfte, und besonders die verschiedenartigen Functionen des Stadtbaumeisters, berücksichtigt werden müßten. — Nach einigen weiteren Erörterungen in denen

die Nothwendigkeit der Abstellung des erwähnten Uebelstandes an sich, hervorgehoben wurde, trat die Versammlung dem Antrage bei.

VI. Sodann kam ein von der mit Revision der Communalsteuer-Rollen beauftragten Deputation vorgelegter Bericht, welcher der Statuten-Commission zur Vorprüfung überwiesen war, zur Berathung. Da der Auftrag der Deputation auf die in Gemeinschaft mit einem Deputirten des Stadt-Magistrats vorzunehmende Revision der Gemeindesteuer-Ansätze, von einem jährlichen Einkommen von 800  $\text{fl}$  und darüber, beschränkt war und die Revision ergeben hatte, daß die Schätzungen in den verschiedenen Stadtbezirken nicht unwesentlich differirten, so trug die Deputation darauf an, sie zu einer im Laufe dieses Jahres vorzunehmenden Revision auch der geringeren Steuerfälle zu ermächtigen. — Von der Versammlung wurde diese Erweiterung des Auftrags ohne Widerspruch beschlossen.

Hiernächst hatte die Deputation folgende für die Veranlagung der Communal- und Armen-Steuer nicht unwichtige Princip-Fragen zur Entscheidung vorgelegt.

1. Ob Minderjährige unter Vormündern insofern sie Vermögen haben, zur Steuer heranzuziehen seien? Nach der Bemerkung des Herrn Vorsitzenden ist die Mehrheit der Commission, mit der in dem Berichte dargelegten Ansicht, daß nach den Bestimmungen der Städteordnung in den §§. 4, 10, 11 und 146 eine Befreiung nicht zu rechtfertigen sein würde, einverstanden. Von anderer Seite wurde dagegen die Ansicht, daß die zur Steuerzahlung verpflichtende Gemeindengenossenschaft, eine Selbstständigkeit, welche der unter Vormundschaft stehende Minderjährige nicht habe, vorausgesetzt werde, hervorgehoben. — Die Versammlung bejahete aber die vorliegende Frage.

2. Sollen hiesige Einwohner (Gemeindengenossen) welche auswärts auf Heimathsreverse wohnen, zur Steuer veranlagt werden? Die von der Deputation befürwortete Bejahung dieser Frage hielt die Commission in ihrer Mehrheit, nach dem Vortrage des Herrn Vorsitzenden, für bedenklich, da vielmehr diese Personen als solche deren Gemeindengenossenschaft ruhe, angesehen werden müßten und auch der schon in dem Berichte angedeutete Umstand, daß die Frage zumal Heimathsreverse zum Gebrauche im Inlande, nach §. 25 des Gesetzes vom 23. Januar d. J. über das Wohnortsrecht nicht mehr ertheilt werden dürften, nicht von materieller Bedeutung, endlich die Rücksicht daß die Durchführung der Besteuerung schwierig sei, hinzutrete. — In der Berathung wurde darauf hingewiesen, daß nach §. 150 der Städte-

ordnung, die Steuerpflicht bis zum Austritte aus der Gemeinde fortbauere und daß die Aufstellung eines davon abweichenden Grundsatzes höchst bedenklich sei, weil derselbe, wenn etwa in schwierigen Zeiten die Steuerkraft der Gemeindegemeinschaften stark in Anspruch genommen werden müßte, von Personen denen ihre Verhältnisse einen beliebigen Wechsel des Wohnorts gestatten, dazu benutzt werden könnte, der Steuerpflicht der Gemeindegemeinschaften sich zu entziehen. Dabei wurde aber bemerkt, daß gleichwie nach §. 146 d. St.-O. Personen welche an mehreren Orten abwechselnd wohnen nach Verhältniß ihres Aufenthalts in den verschiedenen Gemeinden zu Steuerbeiträgen herangezogen werden sollen, die Auflegung der vollen ordentlichen Steuer dem Sinne der Städteordnung und auch der Billigkeit nicht entsprechen würde. Dem daran geknüpften Vorschlage, festzusetzen: daß die, den auf Heimathsprevers auswärts wohnenden Personen, aufzuerlegende Gemeindesteuer, die Hälfte des Betrages, welchen dieselben, wenn sie in hiesiger Stadt wohnten, zu entrichten haben würden, nicht übersteigen dürfe, trat die Versammlung, unter Anerkennung des in dem Deputationsberichte aufgestellten Grundsatzes, bei.

3. In Betreff der Besteuerung der Gesellen, schlägt der Deputationsbericht vor, alle hier wohnberechtigten Gesellen, welche nicht bei einem Meister in Lohn und Kost stehen, ferner die verheiratheten und diejenigen Gesellen welche Hausbesitzer sind, ohne Rücksicht darauf ob sie hier wohnberechtigt sind, endlich alle Fabrikarbeiter, ebenfalls ohne Rücksicht auf die Wohnberechtigung, zur Communal- und Armen-Steuer heranzuziehen; dagegen alle fremden wandernden Gesellen frei zu lassen. Daneben empfiehlt die Deputation bei der Einschätzung in der Weise zu verfahren, daß nach Ermittlung des durchschnittlichen Einkommens der Gesellen und Fabrikarbeiter einer Gattung, die zu derselben gehörenden zur Steuer gleichmäßig veranlagt werden, insofern nicht Vermögensbesitz, oder die Angaben der Betheiligten, einen höhern Steuerersatz rechtfertigen.

Dieselben Grundsätze sollen auch bei Privatdienern, Reitknechten, Gärtnern und in gleichen Verhältnissen stehenden Personen, nur mit der Ausnahme zur Anwendung kommen, daß diejenigen, welche hier nicht wohnberechtigt sind und bei ihren Dienstherrschaften nicht wohnen, besonders zur Steuer zu veranlagten sind.

Der Herr Vorsitzende erklärte: daß die Commission bei diesen Vorschlägen nichts zu erinnern gefunden habe; auch trat die Versammlung denselben ohne Widerspruch bei.

**VII.** Herr Helfft rechtfertigte schließlich einen Antrag auf Aenderung einiger Sätze der Classificationstabelle zur Veranlagung der Communal- und Armen-Steuer, indem er nachwies, daß dieselben mit dem Grundprincip nicht harmoniren und zu den übrigen Classensätzen nicht in richtigem Verhältnisse stehen. Die speciellen Aenderungsvorschläge, behält sich der Herr Antragsteller für die Commissionsverhandlungen vor.

Der Herr Vorsitzende überwies diesen Antrag der Statuten-Commission und schloß dann die Sitzung.